

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. - Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark. - Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Verlagsstelle in Leipzig, Zeiger Straße 30. IV. (Volkshaus) Aufgang Boder C. - Tel. 33819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgepaltene Kleinzeile 1. - Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Einzahlung auf Postcheck-Konto Leipzig 56383. Kaliterer: L. Geiß Leipzig, Zeiger Straße 30. IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt - Reaktions-Abschluß: Sonnabend vorm. 10 Uhr

Nr. 51

Sonntag, den 21. Dezember 1929

33. Jahrgang

Keine Katastrophenpolitik!

In einer Zeit, in der Deutschland um Wirtschaftsgestaltung und Lebensraum kämpft, wird von Unternehmerorganisationen und politischen Heißspornen eine Aktion unternommen, die einen neuen Schlag gegen den sozialen Staat und die Lebensinteressen der Arbeiterschaft bedeutet. Die erwarteten Wirtschaftserleichterungen des Youngplans dienen dem Reichsverband der Deutschen Industrie in Dentschland und Kundgebung zu einem Vorstoß, der abzielt auf den Abbau der Arbeitslosenversicherung, auf die Aushöhlung der übrigen Sozialversicherung, die Einschränkung des Schlichtungswesens, die Drosselung der öffentlichen Wirtschaft, die Abwälzung der Steuerlasten vom Kapital auf die Arbeit.

Mit den Schlagworten „Sicherung der Rentabilität“ und „Kapitalbildung“ wird von der vereinigten sozialen Reaktion eine Panikstimmung erzeugt, als wäre die deutsche Wirtschaft unter der jetzigen Steuer- und Sozialpolitik in eine Katastrophe hineingeführt worden. Der Aufstieg der Wirtschaft im letzten Jahr ist bewiesen, aber, daß Sozialpolitik und Sozialversicherung den wirtschaftlichen Fortschritt nicht gehemmt, sondern gestützt haben.

Die Gewerkschaften erkennen selbstverständlich die Notwendigkeit ausreichender Kapitalbildung an. Sie bekämpfen aber jene Politik, die einseitig die wirtschaftliche und politische Macht des Unternehmertums stärkt und die Kapitalbildung in den Sparkassen sowie bei den öffentlichen Körperschaften hemmt.

Unter dem Schlagwort „Finanzreform“ wird einseitige Belastung gefordert, die andererseits eine Mehrbelastung der besitzlosen Volksmassen zur Folge haben muß. Eine solche Verschiebung in der Verteilung des Sozialproduktes zugunsten der besitzenden Klassen widerspricht nicht nur den Interessen der deutschen Arbeiterschaft, sondern auch dem Wohle der deutschen Gesamtwirtschaft. Sie würde die Kaufkraft der breiten Volksmassen herabdrücken, den Binnenmarkt einengen, eine allgemeine Krise herbeiführen, und damit erst die Wirtschaft „ans Ende ihrer Kraft“ bringen.

Ausgangspunkt der Finanzreform muß die schwierige Lage der öffentlichen Finanzen sein. In erster Linie ist der ständige Fehl-

betrag, der das Reich in entwürdigende Abhängigkeit von den Banken gebracht hat, unbedingt zu decken. In der Zukunft darf der Haushalt nicht „am Rande des Defizits“ stehen. Er muß die Mittel sicherstellen für die Aufgaben, die der Gesellschaft durch den technischen Fortschritt auf sozialem und kulturellem Gebiete dauernd erwachsen.

Die unberufenen Eingriffe des Reichsbankpräsidenten in Fragen der Regierungspolitik haben die bestehenden Schwierigkeiten noch verschärft. Zu wiederholten Malen hat er notwendige Anleihen der öffentlichen Wirtschaft hintertrieben und sich damit zum Schrittmacher des Privatkapitals gegen die öffentlichen Betriebe gemacht. Die Gewerkschaften fordern, daß mit der Finanzreform auch die Wiederholung derartiger Eingriffe unterbunden wird.

Im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit erkennen die Gewerkschaften an, daß im Interesse der Arbeiterschaft auch den Lebensnotwendigkeiten der Wirtschaft Rechnung getragen werden muß. Im Gegensatz zu einer solchen Verantwortlichkeit schrecken maßgebende Kreise des Unternehmertums gegenwärtig nicht davor zurück, eine unbegründete Krisenstimmung zu erzeugen, die geeignet ist, die Wirtschaft in erheblichem Umfang zu erschüttern.

Indem die Gewerkschaften eindringlich vor der Fortsetzung einer solchen begehrliehen Politik warnen, sehen sie sich verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß eine unsoziale Umlagerung der wirtschaftlichen Lasten aus der Einkommensverteilung nicht vor sich gehen kann, ohne eine Aera neuer schwerer sozialer Kämpfe heraufzubeschwören.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Graßmann. Allgemeiner freier Angestelltenbund. Aufhäuser.

Arbeitslosigkeit in der Natursteinindustrie und Maßnahmen zur Behebung

Unter dieser Überschrift brachte die Nr. 49 des „Steinarbeiter“ eine Abhandlung, an die anschließend die Antworten verschiedener Landesarbeitsämter auf die Verbandsfragen auszugeweiht wiedergegeben waren. Inzwischen sind weitere Antworten eingegangen, die nachstehend folgen:

Das Landesarbeitsamt Brandenburg berichtet, daß in dort geführten Verhandlungen mit den Eisenbahndirektionen

Berlin und Oden, dem Magistrat Berlin, den Provinzialverwaltungen, der Provinz Brandenburg und der Provinz Grenzmark-Posen-Westpreußen, den Landkreisen und den sonstigen größeren Städten ganz besonders darauf hingewiesen wurde, daß, soweit bei den Aufträgen Pflastersteine oder Steinschlag in Frage kommen, diese Materialien möglichst im Voraus zu bestellen, damit den betreffenden Steinbrüchen für den Winter Beschäftigung zugeführt werden kann. Die Eisenbahndirektionen haben von der Reichsbahn-Gesellschaft auch bereits dahingehende Anweisung erhalten und sind somit verpflichtet, danach zu verfahren. Die sonstigen behördlichen Stellen haben alle die Erklärung gegeben, daß leider bei ihnen noch nicht die Möglichkeit gegeben ist, diese Vorbestellungen zu treffen, weil ihnen Mittel aus dem nächsten Etat noch nicht zur Verfügung stehen.

Eine Besprechung mit den für die Auftragserteilung in Frage kommenden Körperschaften wird uns in nicht allzu langer Zeit in Aussicht gestellt.

Das Landesarbeitsamt Nordmark teilt mit, daß die gewünschte Beeinflussung der öffentlichen Auftragsstellen in seinem Bezirk bereits stattgefunden hat und auch weiter versucht wird. Außerdem sind die Arbeitsämter beauftragt, der Vergebung der Aufträge für die Steinindustrie ihre besondere Beachtung zu schenken. Weiter wird wörtlich gesagt: Wie schon von Ihnen betont wird, kann eine wirkliche Förderung der Beschäftigung in der Steinindustrie nur durch eine vermehrte Auftragserteilung, die entweder eine Vorwegnahme zukünftiger Aufträge oder eine zulässige Auftragserteilung sein kann, erreicht werden. Daß die Aussichten für eine zulässige Auftragserteilung, aber auch schon für eine Vorwegnahme geplanter Aufträge bei der zur Zeit außerordentlich schwierigen Lage der öffentlichen Finanzen nicht besonders groß sind, ist allgemein bekannt. Eine Reihe Projekte im Landesarbeitsamt Nordmark ist von der Hereinnahme von Anleihen abhängig, deren Aufnahme bei der Lage des Kapitalmarktes zur Zeit unmöglich erscheint. Erwähnen will ich nur noch, daß die vom Deutschen Städtebund angekündigten Sparmaßnahmen sich ebenfalls zu einer weiteren Einschränkung von Bauten auswirken müßten. Zu diesen wohl allgemein für das ganze Reich geltenden Schwierigkeiten kommen noch, wie in den Einzelbesprechungen und in den Verhandlungen der Arbeitsämter mit den Auftragsstellen festgestellt wurde, folgende:

Die fruchtigste Lage der Küstenbezirke in der Nordmark, namentlich u. a. in Hamburg, als einer der wichtigsten Auftragsstellen, läßt hier den Bezug ausländischer Steinmaterials als besonders vorteilhaft erscheinen. In den Verhandlungen, die hierüber geführt wurden, wurde außerdem auf die bessere Qualität des ausländischen Materials hingewiesen. Es war mir nicht möglich, diese Auftragsstellen zu bewegen, von der Beschaffung ausländischer Steinmaterials abzusehen. Für die Chausseebauten der Kreise, Länder und Provinzen werden vielfach, in einigen Gegenden sogar ausschließlich Steine, die auf einheimischen Landmarken zum Teil recht reichlich vorkommen, verwendet und durch anfallige Steinschlager geschlagen. Zum Teil wird auch Material durch Steinsinger an der Ostküste gewonnen. Von den übrigen Stellen ist mir mitgeteilt, daß die Bestellung des Steinmaterials grundsätzlich bereits in den Wintermonaten erteilt würde; von andern wurde grundsätzlich Entgegenkommen zugesagt. Sie können versichert sein, daß ich ständig bemüht bin, in ihrem Sinne auf eine Erhöhung der Auftragserteilung hinzuwirken; über die arbeitsmarktpolitische Auswirkung bin ich mir durchaus im klaren. Ich behalte mir vor, Anfang nächsten Jahres die Auftragsstellen zu Besprechungen über diese Frage zu laden.

Das Landesarbeitsamt Hessen berichtet, daß es schon vor unserer Eingabe mit Behörden, die für Abnahme von Schotter, Pflastersteinen, Randsteinen usw. in Frage kommen, Verhandlungen gepflogen hat. Dabei hat sich ergeben, daß in dem Regierungsbezirk Hessen-Kassel der Kommunal-Landtag für das Jahr 1929/30 fast gar keine Mittel für den Straßenbau zur Verfügung stellte, und daß nicht einmal die Arbeiten ausgeführt werden konnten, die vom Kommunal-Ausschuß im Frühjahr begonnen wurden. Im Regierungsbezirk Wiesbaden sind die Mittel ebenfalls aufgebraucht. Eine Anleihe, die der Kommunal-Landtag für Straßenherstellung genehmigt hatte, konnte nicht aufgelegt werden und wurde auch dieser Beschluß rückgängig gemacht. Im Volksstaat Hessen sind in allen drei Provinzen, denen die Straßen-Instanzhaltung und -Herstellung übertragen ist, die Mittel vollständig aufgebraucht. Die sämtlichen Behörden haben auch erklärt, daß sie nicht in der Lage seien, Straßen-Instanzhaltung oder Pflastersteine für das nächste Jahr zu bestellen, da die Provinzial- und Kommunal-Landtage derartige Vorwegnahmen nicht genehmigen, und keine Verwaltungsbehörde will sich den Schwierigkeiten aussetzen, wie sie im letzten Jahr nach der Ablehnung des Straßenbauetats für die Kommunal-Landes-Verwaltungen im Regierungsbezirk Kassel gegeben waren. Eine Vorausbewilligung der Haushaltsmittel für Wasser-, Straßen- und Hochbau, wie das vor dem Kriege üblich war, ist bei der heutigen Finanzlage von den Selbsterhaltungskörperschaften ebenfalls nicht zu erlangen. Die Eisenbahn-Verwaltung hat auf Grund der ersten Verhandlungen uns mitgeteilt, daß ihr von ihrer Zentralbehörde die Genehmigung erteilt wurde, weitere 25 000 Tonnen Straßen-Instanzhaltung zu bestellen. Die Lieferung dieser 25 000 Tonnen ist schlüsselfähig an die einzelnen Firmen zu vergeben. Die Vertreter der Stadtverwaltung, der Landkreise und der Landgemeinden haben ebenfalls erklärt, daß die Mittel für dieses Jahr aufgebraucht und Vorausbestellungen bei der gegebenen Finanzlage unmöglich seien. Eine Verteilung der Aufträge für das ganze Jahr ist, wirtschaftlich gesehen, nur dann möglich, wenn auch so viele Aufträge vorliegen, daß sie im Frühjahr und Sommer nicht erledigt werden können. Es dürfte Ihnen aber bekannt sein, daß wir schon im Sommer im Landesarbeitsamtbezirk Hessen eine beträchtliche Zahl von Arbeitern in der Steinindustrie und im Baugewerbe arbeitslos hatten. Inzwischen hat es erneut mit den Behörden Fühlung genommen. Ein Teil der Behörden erklärte, daß sie in der nächsten Zeit an Sitzungen nicht teilnehmen könnten. Allgemein wurde erklärt, daß eine Besprechung im gegenwärtigen Moment gar kein Ergebnis haben könne. Ein Ergebnis sei vielleicht dann möglich, wenn von Regierungen, Provinzen und Stadtbehörden die Grundlinien für die nächstjährigen Vorschläge vorliegen, damit man wenigstens weiß, mit welchem ungefährem Betrag für den Bauaufwand gerechnet werden kann. Auf Grund dieser letzten Auskünfte hat das Landesarbeitsamt davon abgesehen, noch vor Weihnachten eine Sitzung einzuberufen. Diese soll vielmehr im Januar stattfinden. Daneben gibt das Amt uns den Trost, daß es bei der schweren Lage, in der sich die Steinindustrie befindet und bei der großen Belastung, die dadurch der Reichsanwalt entsteht, zu jedem Schritt bereit ist, von dem es sich auch nur einen kleinen Erfolg verspricht.

Weihnachten

Wieviel schläfrige Menschen seh' ich auf Erden hier!
Wie viele Schläfer ruhen schon unter ihr!
Wieviel werden noch schläfrigen Angesichts
wandern durch die Wüste des Nichts! Bodenstedt.

Die Menschen rüsten sich wieder, das Fest der Liebe zu begehen. Die Straßen der Städte zeigen es schon äußerlich. Unendliche Berge schöner Sachen sind in den Schaufenstern aufgestapelt. Viele liebende Menschen zermartern sich das Gehirn, um den Mitmenschen, Weg- und Lebensgenossen eine kleine Freude zu bereiten. Weihnachten ist das Fest der Liebe und der Solidarität. Deshalb wird es von allen gefeiert, auch wenn sie nicht an die christliche Lehre glauben, die dem ehemaligen Sonnenwendfest zugrunde gelegt wurde. Zwar werden auch in diesem Jahre wieder die salbungsvollen Worte ertönen: Friede auf Erden und allen Menschen ein Wohlgefallen! Dennoch, auch heuer werden es leere Worte sein, wenn die rauen Umstände des Lebens einer kritischen Betrachtung unterzogen werden.

Wenn wir nun mit Weihnachtsaugen die Welt betrachten, so gehen wir naturgemäß von unserem eigenen Wirkungskreis aus. Wir sehen, daß die Erde an Naturschätzen immer reicher und reicher wird, wir spüren, daß der Erfindergeist des Menschen und die nie rastende Tätigkeit der Millionen die rohe Kraft der Natur immer mehr und mehr überwindet und sich dienstbar macht. Eine rastlose Tätigkeit, wohin man blickt. Neben den vielen Millionen, die berufsmäßig gezwungen sind, im Schweize ihres Angesichts zu schaffen, arbeiten Zyklopen, Riesenapparate, Maschinen, die ein rasendes Tempo in die Welt der Arbeit hineingetragen haben. Der Reichtum des Menschen wächst, seitdem das Maschinenzeitalter angebrochen ist. Zwar wird dieser Reichtumsprozess immer wieder durch Kriegerperioden unterbrochen, wo der Mensch zur Bestie, zum wilden Tier wird, wo er schonungslos alles vernichtet, was Menschenfleisch und Menschenhirn errungen und geschaffen hat. Dennoch - alles ist vergänglich; auch Kriegerzeiten, Inflation und ähnliche Geiseln der Menschheit. Aber eins bleibt immer: der Hunger nach Lebensgenuss, das Streben nach Vollkommenheit, nach Freiheit Licht und Sonne. Nicht allen Menschen werden diese Schönheiten des Lebens zuteil. Millionen sind dazu verurteilt, immer auf der Schattenseite des Lebens ihre Tage zu vollbringen.

Hierzu zählen vor allem die Beschäftigungslosen und jene, die von der zermalmenden Mühle der kapitalistischen Wirtschaft zerstoßen und zertreten wurden. Namentlich in diesem Jahre fällt das Weihnachtsfest in eine Periode der Arbeitslosigkeit. In Deutschland werden an den Feiertagen mehr als anderthalb Millionen arbeitsfähige Menschen ohne Beschäftigung sein. Darunter einige Tausend unserer Kollegen aus der Steinindustrie und dem Steinstraßenbau! Die deutsche Wirtschaft vermag ihnen eine fruchtbringende Tätigkeit nicht zu geben. Sie leben von Unterstützungen, sofern sie noch in den Genuss von solchen gelangen. Gerade um die Weihnachtszeit dieses Jahres wird eine heftige Fehde ausgefochten, ob den von der Beschäftigung Ausgeschlossenen eine ausreichende Unterstützung gewährt werden soll oder nicht. Das Fest der Liebe und die Worte vom dem Frieden auf Erden werden also von einer großen Zahl von Menschen mit sehr eigentümlichen Gefühlen betrachtet. Die Arbeitslosigkeit allgemein wird nach Weihnachten noch weiter wachsen. Die Zahl der Beschäftigungslosen wird auf 2 Millionen ansteigen und darüber hinausgehen. Diese sind dem blinden Wüten einer Wirtschaftskrise ausgesetzt, ohne daß der Herr der Schöpfung,

der Mensch selbst, seine eigenen Geschicke zu meistern und zu lenken vermag.

Und dies alles, obwohl die Kultur sich verbreitert, der Bestand der Menschen im ganzen sich vermehrt und immer größere Reichtümer aus dem Nichts hervorwachsen. In einer Zeit, wo das Menschengeschlecht produktiv so ungeheuer ergiebig ist, wo Stoff und somit Nahrungsmittel aus der Luft gezogen werden, wo die Technik glänzende Triumphe feiert, die Verkehrsmittel eine Höhe erreicht haben, wie nie zuvor, wo brüderliches Walten und gleichmäßigere Verteilung der Lebensgüter überhaupt jede Not bannen könnte, ist dies noch tausendfältig spürbar. Auch in diesem Jahre werden viele Familien nur ein kümmerliches Weihnachtsfest feiern können. Und das ist es, was uns an der Vollkommenheit der heutigen Wirtschaftsordnung zweifeln läßt. Sie könnte vollkommener sein, und ist es nicht, weil egoistische Interessen einzelner Gruppen und Menschen das Schicksal vieler weitgehend bestimmen.

Das Jahr 1929 ist das Jahr der Reparationsendlösung. Das Wort Friede auf Erden soll Wirklichkeit werden insofern, daß der furchtbare Krieg, der vor 15 Jahren begann und vor 11 Jahren endete, endlich liquidiert werden soll. Deutschland muß bezahlen. In wochen- und monatelangen Kämpfen, Konferenzen, Verhandlungen und internationalen Pressesekunden ist um die Reparationslösung gerungen worden. Nun soll die letzte Hand an einen Plan gelegt werden, der auf Jahrzehnte hinaus für Deutschland große Lasten bringt. Der Ertrag deutscher Arbeit soll zu einem Teil ohne Gegenleistung mehr als ein Menschenalter hindurch über die Grenze geschickt werden. Das ist der Fluß der bösen Tat, daß Generationen dafür büßen müssen, was vorhergehende getan und gesündigt haben. Es ist zu hoffen, daß die Regelung, die im nächsten Jahre in Kraft treten soll, auch wirklich zu einer Annäherung der Völker führt und ihnen Kraft gibt, in Frieden und gegenseitiger Hilfeleistung miteinander zu leben, damit solche ungeheuren Katastrophen für alle Zeiten unmöglich sind.

Auch sonst hängt genügend schwarzes Gewölle am Himmel. Wir brauchen nur an die Kämpfe um die Steuerreform, um die Arbeitslosenunterstützung, um die sozialpolitischen Belange, um die Teilnahme an der Regierung usw. zu erinnern, um einen Geschmack zu bekommen, wie der Weihnachtsfriede im Innern Deutschlands aussteht. Es scheint überhaupt das Schicksal Deutschlands zu sein, daß fast immer um Weihnachten herum eine Regierungskrise im Bereiche der Möglichkeit steht. Daran ist zu erkennen, daß selbst in einem christlich beeinflussten Staatswesen wie Deutschland von dem Weihnachtsevangelium sehr wenig zu spüren ist. Kampf, Interessengegenstände, rücksichtsloses Vorwärtstreiben ist die Lösung!

Die Arbeiter und Angestellten sehen diese Dinge und ihre innersten Beweggründe am klarsten. Sie wissen, daß alles vergeblich ist, aber eigene Tatkraft viel zu vollbringen vermag. Deshalb sind sie gefeit vor Märchenglauben und übernatürlichen Hoffnungen. Auf ein besseres Jenseits lassen sie sich nicht mehr verführen. Hier auf Erden soll der Platz sein, wo für alle Menschen ein Wohlgefallen zur Tatsache werden kann. Und weil nichts vom Himmel kommt, kein Heiland ersticht, der die breiten Volksschichten zu erlösen vermag, deshalb müssen sie sich selbst helfen und ihre organisatorischen Einrichtungen weiter ausbauen. Die Gewerkschaftsbewegung ist ein Teil der Kraft, die an Stelle des Heilungsglaubens ein besseres Los zu schaffen vermag.

Der Wille der Versicherten

Für Änderungen in der äußeren Organisation der Krankenversicherung muß der Wille der beteiligten Versicherten maßgebend sein. So beginnen die Leitende, die auf dem 33. Deutschen Krankentag zur Reform der Reichsversicherungsordnung angenommen wurden. Darob große Bestürzung im Unternehmertum. Hat man schon die Annahme der Leitende nicht verhindern können, so versucht die den Unternehmern willfährige Presse, sie nachträglich herunterzureißen. Diese krampfhaften Bemühungen, den Wert einer Entschließung zu mindern, hinter der der größte Teil aller Krankenversicherten steht, haben natürlich einen sehr realen Hintergrund. Das Unternehmertum fürchtet um seine Machtpositionen in der Krankenversicherung. Die Unternehmer sehen diese Machtstellungen vorzugsweise in den Betriebs- und Innungsrankentassen. Zwar haben grundsätzlich auch in diesen Rassenarten die Versicherten in den Organen zwei Drittel der Stimmen und damit theoretisch den überwiegenden Einfluß auf die Kassengeschäfte. Praktisch sieht es aber anders aus als in der Theorie.

Zunächst führt in den Betriebsrankentassen grundsätzlich der Unternehmer oder sein Vertreter den Vorsitz. Gegenüber den übrigen Vorstandsmitgliedern ist aber die Stellung des Kassenvorstandes mit joviell Vollmachten umkleidet, daß schon hier eine Machtposition von Bedeutung gegeben ist. Dazu kommt nun noch, daß die Betriebsrankentassen keine eigenen Angestellten haben, sondern daß die Verwaltung von Angestellten des Unternehmers geführt wird. Die Versicherten im Kassenvorstand haben also auf die Angestellten gar keinen Einfluß; die tatsächliche Führung der Kassengeschäfte erfolgt lediglich nach den Anweisungen des Unternehmers. Der Angestellte, der dagegen aufkommt, die Interessen der Versicherten denen des Unternehmers voranzustellen wollte, wäre erledigt. Selbst wenn er nicht gerade entlassen würde, kann man ihn innerhalb des Betriebes verlegen und ihn so aus der Betriebsrankentasse entfernen. Meist sind außerdem Betriebsrankentasse und Lohnbuchhaltung engstens miteinander verbunden. Damit wird erreicht, daß der Versicherte unter allen Umständen unter der Kontrolle des Unternehmers bleibt, daß der Unternehmer Einblick auch in die ureigensten Angelegenheiten seiner Arbeiter erhält. Wie sehr diese Kenntnisse verwertet werden, weiß jeder, der einmal in Betrieben mit Betriebsrankentassen gearbeitet hat.

Wehnlich sieht es in den Innungsrankentassen aus. Der Vorsitzende wird auch hier nicht gewählt, sondern von der Innung bestellt. Nun ist es keiner Innung verboten, zum Vorsitzenden auch einen Gesellen zu bestellen. Der Fall ist aber noch nicht vorgekommen. Die Kassengestellten allerdings werden hier vom Kassenvorstand bestellt. Aber die Innung hat es sehr leicht, die Dinge nach ihrem Willen zu lenken. Sie kann nämlich erklären, daß die Arbeitgeber die Kasseneinträge zur Hälfte übernehmen. Damit erhalten sie gleichzeitig die Hälfte der Stimmen im Vorstand und mit der Stimme des Vorsitzenden sogar die Mehrheit. Es ist bezeichnend, daß dieselben Handwerksmeister, die über die Höhe der sozialen „Lasten“ sonst nicht genug klagen können, in einer ganzen Reihe von Fällen diese erhöhte Last gern übernommen haben. Wenn sie nur hinreichend Einfluß erlangen, dann auf einmal sind die Lasten nicht zu hoch. Auch hier nacketes Machtstreben. Die bisher ziemlich unumschränkten Herren in den Betriebs- und Innungsrankentassen kennen genau ihr Sündenregister, sie wissen, daß sie keine besonders gute Sache verteidigen. Daher die fast hysterische Aufregung über die Vertreter der Ortsrankentassen und die Gewerkschafter, weil die die Dinge beim rechten Namen nennen. Für die Versicherten aber ist die Situation klar. Die Krankenversicherung ist ihr angestammtes Erbe. Den Krankentassen ist das Gesundheitsgut der Arbeiterkraft anvertraut; sie allein hat darüber zu bestimmen, in welcher Organisation dies große Gut verwaltet werden soll.

Dies Kind — kein Engel ist so rein

Auf dem Verbandstag in Berlin wurde bei Erstattung des Kassenschiedes pflichtgemäß auch auf die immer häufiger vorkommenden Unregelmäßigkeiten in den Zahlstellen-Kassensführungen hingewiesen und festgestellt, daß in 130 Fällen, davon mindestens 80 in den letzten 2 Jahren, ca. 37 500 Mark unterschlagen und, daß von dieser Summe etwa 5000 Mark zurückgezahlt, ca. 5000 Mark wegen Todesfall oder aus sonstigen Gründen der Uneinbringlichkeit gestrichen wurden, dagegen 27 500 Mark noch offen stehen. Der Zweck dieser Feststellungen war, die Delegierten von der Notwendigkeit einer viel schärferen Kontrolle der Kassensführung zu überzeugen und mit Hilfe der Mit-

arbeit aller Delegierten den Verband vor weiteren Schäden zu bewahren.

Nun war auf dem Verbandstage auch eine sogenannte „Opposition“. Wie diese Verbandsmitglieder bzw. Delegierte den Verband vor weiterem Schaden schützen wollten, bewiesen sie schon auf dem Verbandstag. In der Debatte zum Geschäftsbericht führte der Delegierte Kollege Hemm-Würzburg unter Hinweis auf die Unterschlagungen aus, „daß auch in seinem Bezirk eine solche Seuche ausgebrochen ist, daß aber niemand nachweisen könne, daß ein Kollege von der Opposition an den Unterschlagungen beteiligt sei.“ Da er nur von seinem Bezirk sprach, und der Verbandsvorstand bei den vorgekommenen Unterschlagungen niemals Feststellungen bezgl. der politischen Orientierung der Betroffenen gemacht hatte, wurde den Ausführungen des Kollegen Hemm nicht sofort widersprochen. Aber am nächsten Tage erschien in der „Roten Fahne“ ein Bericht vom Verbandstage, der auf die Ausführungen des Hauptassessors bezug nahm und behauptete, daß an den festgestellten Unterschlagungen keine Anhänger der Opposition, sondern nur Mitglieder der SPD beteiligt seien.

Diese dreiste Behauptung in dem Schwindelbericht, die übrigens nach dem Verbandstage trotz Nichtigstellung in und von der Kommunistenpresse immer wieder aufgewärmt wurde, veranlaßte eine sofortige Umfrage bei den Gauleitern auf dem Verbandstage, weil diese nur zu oft die politische Einstellung der Mitglieder besonders der Zahlstellenfunktionäre sehr leicht kennen lernen. Diese Umfrage ergab, daß an den vorliegenden Unterschlagungen 25 Fälle auf das Konto von eingeschriebenen KPD-Mitgliedern kommen. Diese Feststellung wurde vom Unterzeichneten in seinem Schlusswort dem Verbandstag zur Kenntnis gebracht und die Erwartung ausgesprochen, daß der Berichterstatter seinen Schwindel in der „Roten Fahne“ richtigstellt. Das ist natürlich nicht geschehen! Im Gegenteil. Trotzdem nun bekannt war, daß auch KPD an den Unterschlagungen beteiligt sind, gingen sämtliche der Opposition angehörende Delegierte hinaus und verbreiteten bei ihrer Berichterstattung vom Verbandstag in den Mitgliederversammlungen den Schwindel weiter, daß nur Mitglieder der SPD Verbandsgehälter unterschlagen haben. Auf diese Weise nicht nur das Ansehen der SPD, sondern vor allem das Vertrauen zum Zentralverband der Steinarbeiter untergraben. So sieht die Gewerkschaftsarbeit im Interesse des Verbandes aus, mit der sich diese Oppositions-Delegierten auf dem Verbandstage brüsteten!

Auf Grund dieser demagogischen Ausnutzung von Vorwissen im Verband sprachten der KPD wurde schon auf dem Verbandstag in Aussicht gestellt, daß, so unangenehm es ist, Gefinnungsschneiselei zu treiben, wir nunmehr doch einwandfrei und genau feststellen müssen, wie die Mitglieder, die Unterschlagungen begangen haben, politisch organisiert sind. Bei dieser Gelegenheit sind noch eine Zahl weiterer Unterschlagungen von Hilfsassessoren bekannt geworden, von denen der Verbandsvorstand bisher keine Kenntnis hatte. Hier das Ergebnis dieser Erhebung:

Gau	Zahl der Fälle	Politische Einstellung der Täter		
		SPD	KPD	Keiner Partei angehörend
1. NO	18	—	6	12
1. NW	24	—	9	14
2.	11	1	1	9
3.	15	3	5	7
4.	28	4	5	19
5.	18	2	2	14
6.	12	2	2	8
7.	5	—	—	5
8.	5	1	—	4
9.	11	1	—	10
Zusammen	147	15	30	102

Zu bemerken ist, daß wir nur die Fälle, wo ganz bestimmte Angaben gemacht waren, in den Parteirubriken angeführt haben. Daß der größte Teil der politisch Unorganisierten laut Angaben mit der KPD sympathisiert, sei nur nebenbei erwähnt. Aber aus vorstehendem Ergebnis geht deutlich hervor, wie schamlos demagogisch das Verhalten der sogenannten Opposition auf dem Verbandstag und ihre Berichterstattung in den Zahlstellen und in der KPD-Presse war.

Wie schon angedeutet, wurden bei dieser Erhebung auch noch mehrere Unterschlagungen von Hilfsassessoren bekannt, die von den betreffenden Zahlstellenverwaltungen, wer weiß aus welchen Grün-

den, bisher nicht gemeldet wurden. Interessant ist dabei der Bericht eines Funktionärs, der vier solche Fälle zu melden hatte und selbst Mitglied der KPD ist, indem er schreibt:

„Nach von mir eingeholten Informationen gehören die Kollegen 1, 2 und 3 der KPD an. Bei 4 konnte ich es mit Sicherheit nicht feststellen, ob er der Partei noch angehört.“

Diesen 4. haben wir der KPD auch nicht angedreht, obgleich er bei Begehung der Unterschlagung noch Mitglied der Partei gewesen sein kann. Also so sehen diese ungeschuldeten Engel aus. Von 4 Fällen in einer Zahlstelle entfallen 3 bestimmt auf eingeschriebene Mitglieder der KPD, beim 4. ist es fraglich, und da stellen sich die Mitglieder der sogenannten Opposition — lies Angehörige der KPD — auf dem Verbandstage hin, erklären im Brustton der Ueberzeugung, daß von ihren Parteiangehörigen niemand Verbandsgehälter unterschlagen hat, trotzdem einzelnen dieser Kollegen, wie zum Beispiel Bretsch (Halle) und Bische (Düsseldorf) mindestens je ein Fall bekannt sein mußte, wo Mitglieder ihrer Partei Verbandsgehälter unterschlagen haben. Die Zusammenstellung der Erhebung zeigt: von 147 festgestellten Unterschlagungen entfallen 20,40 Prozent auf eingeschriebene Mitglieder der KPD und 10,2 Prozent auf Mitglieder der SPD. Aber zur Erreichung ihres Zieles, „Zerschlagung der Gewerkschaften“, ist dieser Opposition bekanntlich jedes Mittel recht. Der neue Beweis ist der KPD-Spaltkongress am 30. 11. und 1. 12. 1929 in Berlin.

Wir überlassen nun im weiteren der Verbandsmitgliedschaft, sich selbst ein Urteil über das Verhalten der sogenannten Opposition auf dem Verbandstage und nach diesem zu bilden. L. Gf.

Die Geburtenbewegung

Malthus stellte folgendes berühmte Gesetz von der Bevölkerungszunahme auf: Die Bevölkerung vermehrt sich in geometrischer Reihenfolge, während sich die vorhandenen Nahrungsmittel bestenfalls in arithmetischer Reihenfolge vermehren, daß also die Bevölkerungszunahme mit andern Worten so stark wäre, daß der Nahrungsmittelpielraum immer nachhinkt, und demnach der größte Teil der Bevölkerung immer Hunger leiden müsse. Malthus sagte dies beim Ausgang des 18. Jahrhunderts, in einer Zeit also, in der es tatsächlich schien, als ob die Zunahme der Menschen trotz Seuchen und Krankheiten, trotz Kriege und Ausrottungen nie abhören würde, ja, daß sie sogar in ungeheurer starkem Maße sich vermehren.

Die Geschichte der Geburtenbewegung hat Malthus zunächst recht gegeben. In Deutschland lebten gegen 1820 ungefähr 20 bis 30 Millionen Menschen, und die Geburtenhäufigkeit hat nicht nur in Deutschland, sondern in allen kontinentalen Staaten bis in die siebziger Jahre eine steigende Tendenz. Zuerst kommt ein Stöden in Frankreich. Aber auch in Deutschland macht sich eine allerdings geringe Abnahme der Geburten bemerkbar. Um 1900 fängt auch bei uns ein stärkeres Sinken an, das sich bis 1913 von 36 Geburten auf 1000 Einwohner auf 26,9 vollzieht.

Schon in dieser Zeit wurde von den Bevölkerungstheoretikern vor der Unterbevölkerung gewarnt. Man hob mit allen Worten, die sich finden ließen, die Gefahr hervor, die eine immer steigende Geburtenabnahme für unser Volk darstellte. Diese Kreise aber taten für eine größere Bevölkerung herzlich wenig. Der bürgerliche Nationalökonom erkannte dem Bürgertum natürlich das Zweikindersystem zu, nur das Proletariat sollte in alter Weise Familien mit zehn oder noch mehr Kindern haben. Das Schlagwort, nach dem die Arbeiterfrau die Gebärmutter für den Staat abgibt, hat allerdings eine große Wahrheit in sich. Zwei Dinge in der kapitalistischen Welt brauchen Menschen soviel wie möglich: die industrielle Reservearmee und das Kriegsführen. Die herrschende Klasse hatte Angst, daß es eines Tages möglich wäre, daß die Arbeiter an Zahl abnehmen würden, denn dann würde ja das Angebot an Arbeitskräften sinken, die Nachfrage steigen, demzufolge der Lohn in die Höhe gehen. Also mußte man versuchen, die Arbeiter möglichst lange bei der Vorkriegszeit zu belassen, daß eine Familie zahlreich sein müßte, sonst wäre sie eben keine.

Viele Faktoren halfen hierbei. Die Kirche, die den Geschlechtsverkehr nur anerkennt, wenn er der Fortpflanzung dient, und noch immer nicht eingesehen hat, daß der Mensch eben auch noch einige Geschlechtsdrüsen hat, die ebenso wie andere, unabhängig von der Fortpflanzung, versorgt werden müssen, diese Kirche gab sich redliche Mühe, die Massen zu verdummen und eine Erkenntnis nicht durchdringen zu lassen.

Aber umsonst, das gut geführte Proletariat hat den Schleier zerrissen und hat die Form der Zweikinderei, die allein unserer

Aus dem Wetterwinkel

(Eine Erinnerung)



Viele Jahre gehören bereits der Vergangenheit an, seitdem ich mit einem Steinklopper der besseren Sorte zusammenwohnte zur Untermiete in einem kleinlich möblierten Zimmer in einer kleinen und engen Straße der Altstadt einer bekannten mitteldeutschen Großstadt. Diese Altstadt verdiente ihren Namen in der Tat, denn sie war nicht nur geschichtlich der älteste Stadtteil, schon nach dem Anschauen und Umschauen in den engen und trummern Gassen und Gäßchen mit ihren fragwürdigen Trödelräden und schmierigen Kramläden hatte ein Fremder sofort die Gewißheit, in der Altstadt zu sein.

Wir beiden, in der Arbeit so unterschiedlichen Steinklopper wohnten in einem der alten Fachwerkhäuser. „Unser“ Haus sollte, nach den uns gemachten Erzählungen von Hauseinwohnern, schon immer so schief gestanden haben, als erwarte es in jeder Minute seinen Zusammenbruch. Und wenn wir beide Spätnachmittags von der Baustelle kamen und die Abendsonne warf ihren letzten Schein auf die schiefen Hausgiebel in dieser trummern Gasse, dann sahen die alten aneinanderlebenden Häuser aus, wie eine Reihe alter, kranker Leute, die sich einhaken und aneinanderstürzen, um auf diese Weise gegenseitig Schutz und Stütze zu haben. Wehnlich habe ich es daheim oft gesehen vor der umfangreichen Blindenanstalt, wenn die älteren Insassen einen Spaziergang im Anstaltsgarten machten.

Rumpelte nun ein Wagen oder gar ein Lastauto durch die trumme enge Gasse mit dem entsetzlichen Kopfsteinpflaster, das ich je gesehen habe, dann bewegten sich tatsächlich die Häuser, d. h. diese Bewegung merkten nur die Hausbewohner drinnen, denn von draußen konnte man das nicht beobachten. Unser möbliertes Zimmer kam dann — ohne Uebertreibung — in Schwingungen, die man aber selbst erlebt haben muß, um sie beurteilen zu können. Wegen dem verackten Fachwerkbaue hatte der Fußboden des Zimmers nach dem Fenster der Straße zu sogar noch etwas Gefälle, und rasselte so ein schweres Fußwerk vorbei, dann saßte man beim Stehen im Zimmer unwillkürlich und meistens auf die Holztafel des Fußgestells unserer Betten, von denen das Zimmer in rechts und links geteilt wurde. Allzuviel Platz enthielt das Zimmer nicht. Dennoch merkte man beim Gehen zum Kleiderschrank, daß dem Fenster entgegengesetzt stand, daß es aufwärts ging. Es sah wirklich späßig aus, wenn der eine oder andere von uns sich zum Kleiderschrank bemühte, in dem unser Sonntagsglück hing, und dann dabei ähnlich so ging, wie sich der Schiffer auf dem Deck seines Schiffes bewegt. Die Gewohnheit macht bekanntlich viel und mohnungsverwöhnt waren wir zwei keinesfalls, deshalb gefiel es uns, trotz des Gefälles in dem schiefen Hause, in dem engen Gäßchen, sehr gut. Außerdem war das Zimmer eine sogenannte „sturmfreie Bude“; wir konnten gehen und kommen wie und wann und mit wem es uns gefiel, ohne unsere Logismutter mit ihrem Anhang aufzufahren. Der Zimmereingang war nämlich gleich vom

Treppensil aus. Die Vermieterin oder Logismutter war eine ältere, rundliche und nette Person, war auch einigermaßen ordentlich und sauber, soweit unser Zimmer in Frage kam. Sie hatte zwei Töchter, die allerdings nicht mehr neu waren, denn beide hatten je ein Kind, aber keinen Mann, wenigstens keinen dauernden. Das kommt auch in den besten Familien vor. Trotzdem waren diese Töchter zwei sehr respektable Frauen mit breiten Hüften und sonstiger mangesgefalliger Ausladung. Wovon sie eigentlich lebten, haben wir nicht erfahren, das ging uns sicherlich auch nichts an. Also da wohnen wir Steinklopper zu zweit wie ungetrennlische Kameraden; wir gingen und kamen zusammen von der Arbeitsstelle und gingen auch sonst meistens gemeinsam zu Unterhaltungen, zu Versammlungen und auf den Stadtbummel, um die Abende und Sonntage zu verbringen; waren ledig und hatten nur gegen uns selber Verantwortung, wenn der Wochenlohn überschritten wurde.

Während dieser Zeit, die fast ein Jahr dauerte, wurde gemeinsam und einzeln viel erlebt. Gutes und Schlechtes, Offizielles und Privates, Pfantes und das Gegenteil davon. Das lag einfach in der Luft dieses alten Teils der Großstadt, war untrennbar von der engen Gasse mit den schiefen Häusern und ebensolchen Giebeln. Das Grundlegende zu allem war natürlich unsere Arbeit. Sie war nicht gerade dauernd, aber hielt für eine längere Zeit an, brachte auch, dank der guten örtlichen gewerkschaftlichen Organisation, etwas ein und brauchte, wie schon bemerkt, nur uns erhalten und die Mutter meines Arbeitskameraden. Das war sicher eine sorglose, eine schöne Zeit, die man leider erst dann schätzt, wenn sie vorüber ist.

Nun die Frage: warum ich das alles schreibe? — Dazu diene der Hinweis, daß ich vor wenig Wochen im „Steinarbeiter“ aus der Sterbetafel den Tod meines damaligen Arbeits-, Wander- und Zimmerkollegen erfahren habe wodurch die Erinnerung aufgeschwärtzt wurde. Der Krieg hat uns beide, die wir schon über 30 Jahre alt waren, damals aus der engen Gasse, aus dem schiefen Haus und aus der lohnenden Arbeit ohne viel Aufhebens herausgerissen und uns dann in der Welt- und Kriegsgeschichte herumgewirbelt und schließlich beim endlichen Zusammenbruch irgendwo zerrittert, aber sonst heil gelandet, wie so viele, viele andere auch.

Die erste Nachkriegszeit war nicht danach angetan, einander zu suchen, bis dann doch unter uns wieder ein Briefwechsel zustande kam, der leider einschliefl wegen anderer beiderseitiger menschlicher intimer Erlebnisse, die oft gute Freunde, zumal in der Ferne, allerdings unbeabsichtigt in den Hintergrund drängen. So ging es mir, ging es auch meinem Freunde, wofür ich jedoch Verständnis habe. Aus dem vorliegenden Briefwechsel meines nun toten Steinklopperkameraden will ich kurz nur vom Abschluß seines Lebens berichten; denn neben der Berufskrankheit hat noch anderes seinen Lebensmut und seinen Lebensnerv zerstört, also zerstört, und zwar war es der Egoismus oder meinetwegen auch die rückwärtslose Untreue einer — Frau. Id allgemeinen Leben ist es fast immer so, daß in Freud und in dem noch viel größeren Leid das enge und weitere Verhältnis von Mann zur Frau und umgekehrt immer wieder die Hauptrolle spielt. Auch in diesem nunmehr durch Tod abgeschlossenen Fall.

Es war Weihnachten Anfang der zwanziger Jahre, da bekam ich endlich durch Vermittlung unseres Verbandes den ersten Brief von meinem Freund und Leidensgenossen aus der Vorkriegszeit. Er war immer noch ledig und wollte es bleiben, solange sein

altes Mütterchen lebte, die für ihn umsichtig sorgte. Das war schon damals bei unserem Zusammensein seine einzige Sorge, wodurch er mir ganz besonders wert wurde. Die alte Mutter jedoch drängte ihren Sohn wiederholt, sich eine passende Lebensgenossin zu suchen und meinte, ihre Jahre seien gezählt und wer sollte sich dann um ihn kümmern, seine Wäsche und das andere in Ordnung zu halten, zumal er nicht mehr der jüngste und leider auch nicht mehr der feste sei. Ein gejehtes, weibliches Wesen könne ihm das Leben erleichtern, erträglichler machen und sogar verlängern. Der Sohn wehrte aber immer lächelnd ab, obgleich ihm schon selbst in stillen Stunden manchmal der Gedanke gekommen war. Doch wer nun schon in die Jahre gekommen ist, wird in der Heiratsfrage vorsichtig, übervorsichtig, gewisigt durch Beobachtungen und Erfahrungen in Bekanntenkreisen, so ging es tatsächlich meinem Freunde. Er hatte wirklich nur aus Verantwortungsgesühl den Eheanfluß verpaßt und nunmehr dazu die Courage verloren. Die Sorge um seine Mutter, die Befürchtung der kommenden Berufskrankheit, die sich bereits angemeldet hatte, und dann vor allem die in der Nachkriegszeit immer schlechter gewordene Arbeitsgelegenheit, war die Hauptursache, daß dieser alternde Steinhauer den Frauen nicht besonders nachschaute.

Und dennoch hat es ihn schließlich erwischt, wie er mir gelegentlich mitteilte, hatte gefunden, was ihm und seinem Mütterchen gefiel. Die „Gefundene“ mag sich vielleicht auch zum Finden dauernd bemerkbar gemacht haben, wer weiß, sie war eine Kollegin mitwe ohne Kinder, ungefähr in seinem Semester. Bei Mitteilung dieser Neuigkeit lag die Gruppenaufnahme eines Gelegenheitsphotographen bei von einem Laubenfist, die ausgesuchte Frau war durch einen Strich meines Freundes leicht herauszufinden. Diese Mitteilung hat mich damals, um seiner Person willen, wirklich gefreut. Das Bild zeigte nun durchaus nichts Besonderes, und aus den kleinen Figuren und Gesichtern solcher Gruppenbilder läßt sich bekanntlich schwer auf den Charakter der einzelnen schließen.

Lange Zeit habe ich dann nichts mehr gehört und mußte annehmen, daß dort alles glatt und der Zusammenschluß nach Gesetz und Recht längst vollzogen wurde. Erst auf eine briefliche Anfrage bekam ich nach längerer Zeit die Nachricht, daß aus der Sache nichts geworden ist, denn die gefeßliche Zusammenkoppelung hat diese Frau immer von neuem zu hintertreiben verstanden, und eines Tages hat sie ihn kurzerhand — verlassen. Das war bitter für meinen Freund, der in früheren Jahren so manche günstige Möglichkeit nicht ausgenutzt hatte. Nun klammerte er sich an diese Frau, die seinem Leben doch mehr Inhalt und Impuls gegeben hatte, wie er sich einzugesehen wagte. Verlassen hat sie ihn nicht wegen Zant oder schlechter Behandlung, sie lernte einen anderen, noch älteren kennen, aber der andere war — pensioniert. Diese Berechtigung ging auf sie über beim Tode des Mannes, deshalb heiratete sie diesen sofort. Vom rein rechnerischen Lebensstandpunkt aus gesehen gewiß begreiflich, doch vom menschlichen Standpunkt aus bewertet, war eine solche Handlung brutal, war auch — schlecht. Denn diese Frau hatte im Laufe des Zusammengehens und wohnens sicher viel Gutes gehabt, wurde gekleidet und ernährt, aber als die Staublungenerkrankung sich bemerkbar machte und nunmehr Beweise ihrer Zuneigung verlangte — da haute diese Frau, vom nackten Egoismus getrieben, einfach ab ging zum anderen, den sie sich wahrscheinlich vorher in aller Ruhe ausgefundschaftet hatte.

Rundschau

Warnung vor Auslands-Stellenvermittlern. In letzter Zeit mehrten sich die Fälle, daß entweder in inländischen Zeitungen vom Auslande her Auskünfte und Stellenvermittlung angepriesen wird, oder daß auf Anzeigen in inländischen Zeitungen, worin der Interessent zu erkennen gibt, daß er eine Stellung im Auslande sucht, ausländische Auskunfts- und Vermittlungsbureaus ihre Dienste anbieten.

So erbotet sich A. Massenbach in Vancouver zur Vermittlung von Stellen für Kanada, John Fisher in New York für die Vereinigten Staaten und Carlos Hugo in Sao Paulo für Brasilien, letzterer sogar mit dem Lockmittel der Verheißung freier Ueberfahrt. Es kommt diesen Vermittlern fast nur darauf an, die Gebühren „für Unkosten“ von den Stellensuchenden zu erlangen. Für die Vereinigten Staaten und im allgemeinen auch für Kanada ist die Vermittlung auf festen Vertrag nach den in diesen Ländern geltenden Gesetzen verboten. Diese Gesetze werden rückwärtslos gehandhabt. Danach ist also eine Inanspruchnahme dieser Stellenvermittlung wertlos. Da auch der genannte Hugo keine freie Ueberfahrt nach Brasilien verschaffen kann, so gilt dasselbe für seine Stellenvermittlung.

Wer auswandern will, wende sich um Auskunft an eine der vorhandenen gemeinnützigen Auswanderer-Beratungsstellen.

Die Vereinigung Schleifischer Schotterwerke, G. m. b. H., wird nunmehr als vollzogen in der Fachpresse der Unternehmer bekanntgegeben. Sie ist in Breslau, die Geschäftsführung hat Herr Dr. Ludwig. Die Tätigkeit dieser Vereinigung wurde mit dem 1. Oktober 1929 begonnen und hat „den gesamten Verkauf allein durchzuführen. Durch die Zentralisation des Verkaufs“ — so heißt es in der offiziellen Bekanntmachung — „wird sie in der Lage sein, den Frühjahrstoß besser aufzufangen, als es den Einzelunternehmen bisher, trotz Doppelschichten, möglich war, und im Interesse der Abnehmer einen besseren Ausgleich sowohl hinsichtlich der Lieferung als auch der Rönnungen zu schaffen. Schließlich sollen durch den Verkehr mit einer Zentralstelle Erleichterungen und Vereinfachungen erzielt und Kosten erspart werden. Die durch den Zusammenschluß erzielte gleichmäßige Beschäftigung der Werke bietet zugleich die Möglichkeit einer stabileren Preisbildung.“

Schwedisches Auslandskartell der Pflastersteinindustrie. Zurückkommend auf diese Notiz aus der Voss. Ztg., die sicherlich mit einer ganz bestimmten Absicht in die Handelspresse lanciert wurde (Siehe „Steinarbeiter“ Nr. 49 unter Rundschau) und die besagte, daß „der Abschluß des Auslandskartells bereits erfolgt sei und für die Baltische Aktiengesellschaft insofern erhebliche Bedeutung habe, als die schwedische Beteiligung der Gesellschaft augenblicklich etwa 12 000 Mann beschäftigt“.

Diese Notiz ist von Anfang bis Ende in der Hauptsache falsch. Denn wie wir aus sehr gut unterrichteter Quelle in Schwedens Steinindustrie erfahren,

ist ein Auslandskartell für die Pflastersteinindustrie bis jetzt noch nicht zum Abschluß gekommen. Verhandlungen dauern noch an. Ob und wann ein solcher Abschluß kommt, weiß in der schwedischen Steinindustrie niemand. Richtig ist, daß in Schwedens Gesamt-Steinindustrie etwa 12 000 Arbeiter gezählt werden, von diesen sind höchstens 8000 als Steinarbeiter tätig, davon etwa 5000 in der gesamten schwedischen Pflastersteinindustrie. Soweit nun die Beteiligung der Baltische A.-G. in Frage steht, schrumpft demnach deren „schwedisches Beteiligung von 12 000 Mann“ ganz erheblich zusammen und dürfte kaum 1000 betragen.

Solche übertriebenen und direkt falschen Nachrichten in die Welt zu jagen, wie die von uns widerlegte, scheint nur Spekulationszwecken auf dem Geldmarkte zu dienen. Der deutschen Natursteinindustrie dienen sie sicherlich nicht.

BEKANNTMACHUNGEN DER ZAHLSTELLEN UND GAULEITUNGEN

Versammlungen:
Am 22. Dezember in Abterode, um 13 Uhr, Gasthof Windemuth, Bezirksversammlung von Kassel und Kreis Eschwege.
Am 29. Dezember in Sorau, um 9,30 Uhr, bei Günzel.

Gau IV (Steinsehergruppe). Um unnötigen Anfragen vorzubeugen zur Nachricht, daß die Kollegen, die aus mehreren Bezirken Wohlfahrtsmarken gefleht bekommen haben, Verzögerungen in der Geldauszahlung eintreten. Bevor die Gelder nicht gegenseitig überwiesen sind, ist es unmöglich, den Wohlfahrtskarteninhabern die Gelder zur Auszahlung anzuweisen. In solchen Fällen etwas Geduld. Bei Unstimmigkeiten hat es keinen Zweck, die Gauleitung anzugehen, sondern die Kollegen müssen sich um Aufklärung an die Geschäftsstellen wenden. Es ist zu empfehlen, für die neuen Karten nun auch die seit dem 15. November 1929 fälligen Wohlfahrtsmarken für das neue Berechnungsjahr vom Unternehmer zu fordern und zu fleben.

Karlsruhe. Den arbeitslosen und kranken Kollegen zur Kenntnis, daß die Bezirkszahlstelle Karlsruhe aus lokalen Mitteln eine Weihnachtsunterstützung in Höhe von sechs Mark für jeden arbeitslosen und kranken Kollegen zur Auszahlung bringt. Die Unterstützung wird ausgeführt durch den Kassierer Johann Dörz, Karlsruhe, Bernhardtstraße 4, und zwar vom 20. bis 31. Dezember 1929, werktags von 16 bis 19 Uhr, Sonntags von 9 bis 14 Uhr. An den beiden Weihnachtsfeiertagen ist die Kasse geschlossen. Als Ausweis dienen das Verbandsbuch und die Arbeitslosenkarte. Nach dem 31. Dezember erfolgt keine Auszahlung mehr.
J. A.: Karl Zeeh.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Da viele Nachbestellungen auf Verbandstagsprotokolle eingehen, werden die Zahlstellenleitungen ersucht, überflüssige Exemplare an den Vorstand zurückzugeben.

Verlorene Mitgliedsausweise: In Dietersheim das Verbandsbuch Nr. 63 287 für Seb. Böd, Hilfsarbeiter. In Witzheim, Nr. 116 126 für Joh. Hamburger, Steinseher. In Mühlbach a. S., Nr. 69 597, Emil Dobler, Hilfsarbeiter.

Adressen-Änderungen

- 3. Gau: **Annaberg.** Kass.: Emil Buscher, Ehrenfriedersdorf im Erzgeb., Geversher Weg, Siedlung. — **Seifersdorf.** Kass.: Max Ben, Nr. 52.
- 5. Gau: **Münster i. W.** Vors.: Heinz Honjel, Wevelinghofer Gasse Nr. 40. — **Eberfeld.** Sektionsleiter der Steinarbeiter in Eberfeld-Barmen: Stephan Schmitz, Wiesenstraße 17, III.

Abschluß der Westerbahndrücke AG Bonn. Die Hauptversammlung genehmigte jetzt den Abschluß für das Geschäftsjahr 1928, der mit einem Verzicht von 325 000 Mark abschließt. Freilich sind 185 000 Mark Abschreibungen in dieser Summe enthalten und oben drein wird der Gesamtbetrag gedeckt durch die Rücklage, die im vergangenen Jahre bei der Aktienzusammenlegung von 7 auf 1,5 Millionen Mark geblieben wurde. Der Ertrag war im laufenden Jahre gegenüber zuvor gestiegen. An dem Unternehmen ist die öffentliche Hand maßgebend beteiligt, nämlich die Provinz Westfalen. Dies kann in der Wiederwahl des Aufsichtsratsvorsitzenden, Landeshaupmann Dr. Dieckmann (Münster i. Westf.) zum Ausdruck.

Ein Welt-Straßenkongreß. Die große Weltvereinigung für Straßenwesen, „Der ständige Internationale Verband für Straßenkongresse“, wird eine große Tagung im Jahre 1930 zu Washington, der Hauptstadt der Vereinigten Staaten von Nordamerika, abhalten. Als einer der wichtigsten Punkte sollen dabei vor diesem „Parlament des Straßenbaues“ die bestehenden oder zu schaffenden Beziehungen zwischen Eisenbahn und Kraftwagen erörtert werden. Hinsichtlich des einzelstaatlichen Straßenbauprogramms steht sich mehr und mehr bei allen Ländern der Grundgedanke durch, daß dabei einem rationalen Plan zu folgen ist, dessen Ziel die systematische Anlage von Hauptstraßen in jedem Lande sein muß. Dabei lautet die erste Forderung in jedem Straßenbauprogramm, dem Publikum die nötigen Verbindungswege zu beschaffen. Der beste Weg hierfür ist eine allmähliche Verbesserung des Straßennetzes: Die Straßen müssen soweit ausgebaut werden, daß sie den vorhandenen Verkehr aufnehmen. Sie sollen in dem gleichen Maße, wie der Verkehr zunimmt, ausgedehnt und verbessert werden. Eine genügende Instandhaltung ist freilich die erste Vorbedingung für jede Straßenentwicklung. Welches freilich die unbedingt beste Art der Finanzierung des Straßenbaues — Kraftfahrzeuge, Benzin- oder sonstige Steuer — ist, hat sich noch nicht eindeutig herausgestellt. So hat eine kürzlich von der deutschen Regierung nach den Vereinigten Staaten zum Studium der dortigen Straßenpolitik entsandte Abordnung trotz eingehender Untersuchungen und zahlreicher Erörterungen noch zu keinem Entschluß über die beste Finanzierungsmethode des Straßenbaues gelangen können.

Der Bekleidungsarbeiterverband hat schon in der Vergangenheit auf die unhaltbaren Zustände im Lehrlingswesen hingewiesen. In der Herren- und Damenschneiderei ist in den letzten Jahren eine derartige Ueberbesetzung an Lehrlingen eingetreten, daß sich dadurch unhaltbare Zustände in der Branche ergeben.

So ist die Zahl der Lehrlinge in der Herren- und Damenschneiderei nach der Berufs- und Gewerbezählung im Jahre 1925 gegenüber 1907 um 20 982 oder 37,1 Prozent gestiegen. Während früher die überschüssigen Arbeitskräfte aus der Maßschneiderei Beschäftigungsmöglichkeiten in der Konfektion fanden, ist dieses jetzt nicht mehr möglich. Infolge der Rationalisierung und der vermehrten Beschäftigung von weiblichen Arbeitskräften ist der Bedarf an männlichen Arbeitskräften in der Konfektion geringer geworden. Der starken Abnahme in der Zahl der Beschäftigten steht eine starke Zunahme an Lehrlingen gegenüber, so daß von zwei Seiten aus die Beschäftigungsmöglichkeiten immer ungünstiger beeinflusst werden.

Die bisherigen Bestimmungen der Handwerkskammern über die zulässige Höchstzahl der Lehrlinge sind unzulänglich, um diesen Zustand zu bessern. Es müssen vielmehr durchgreifende Maßnahmen getroffen werden. Der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband hat deshalb Veranlassung genommen, an die Landeszentralbehörden eine gut begründete Eingabe zu richten und bestimmte Anträge zu stellen, die auf die zulässige Zahl von Lehrlingen, jugendliche Arbeiter usw. für die Herren- und Damenschneiderei Bezug nehmen.

Wesentliche Erhöhung der Tabaksteuer. Das große Reformprogramm der Reichsfinanzen wirft seine Schatten voraus. Bekanntlich wird geplant, die Genussmittel, vor allem Bier und Tabak, höher mit Steuern zu belegen. Die Tabaksteuererhöhung soll etwa 200 Millionen Mark einbringen. Die Erhöhung soll in folgendem Umfange eintreten: Bei Pfeifentabak Erhöhung um 15 Prozent, so daß künftig 35 Prozent des Kleinverkaufspreises Steuern sind. Der Zigarettenabak soll ebenfalls um 15 Prozent auf 60 Prozent des Kleinverkaufspreises erhöht werden. Kautabak und Schnupftabak sollen mit 5 bis 15 Prozent stärker herangezogen werden. Die Zigarre bleibt wie bisher belastet mit 20 Prozent. Die Banderolensteuer der Zigarette wird um 5 auf 25 Prozent, gleichzeitig aber auch die Materialsteuer um 25 Prozent erhöht. Eine Erhöhung erfährt auch die Zigarettenpapiersteuer um 1,50 auf 2,50 Mk je 1000 Blatt. Dem Kleinhandel will man die Sache dadurch schmachtlicher machen, daß in Zukunft nur zu dem auf den Banderolen kenntlich gemachten Preise verkauft werden darf. Außerdem soll eine Kontingentierung der Zigarettenproduktion eingeführt werden. Das sind im wesentlichen die Vorschläge. Diese gewaltige Erhöhung wird einen Minderertrag von Tabak herbeiführen.

Ein Kilogramm Brennholz bedeutet ein Kilogramm Hafer. Seit längerem werden eingehende Versuche unternommen durch die Hydrolyse, ein sogenanntes Verzuckerungsverfahren, aus Holz Kraftfuttermittel zu gewinnen. Professor Bergius, der bei dieser Erfindung den größten Anteil hat, dachte kürzlich auf einer Tagung des Reichsforschungsrats darüber nähere Angaben. Die Fütterungsversuche mit dem neuen Produkt hätten ergeben, daß es einen beträchtlichen Teil von Mais und Gerste ersetzen kann. Neben den Futtermitteln könne aber noch Essigsäure in größerem Umfange gewonnen werden. Zur Verarbeitung kommen nicht teure Holzsorten, sondern einfach Brennholz, wie Reisig usw. Wenn man bedenkt, daß jährlich 3 bis 4 Millionen Tonnen Gerste und Mais eingeführt werden müssen, so kann durch einen solchen Ersatz von künstlichen Futtermitteln die deutsche Handelsbilanz wesentlich entlastet werden. Die zu errichtenden Fabriken brauchen nur einen geringen Prozentsatz des deutschen Holzverbrauchs, etwa 3 bis 5 Millionen Raummeter, zu verarbeiten. Ueberdies könnte im industriearmen Osten eine neue Industrie aufgebaut werden. Eine Mischung von Kartoffelflocken und Holzzucker ergebe ein Produkt, das etwa den gleichen Nährwert wie die Kartoffel habe, aber wesentlich billiger sei. Professor Bergius betonte noch, daß der Nährwert eines Kilogramm Brennholzes gleich dem Nährwert eines Kilogramm Hafers sei. — Das sind außerordentlich günstige Aussichten. Hält die neue Holzverarbeitungsindustrie das, was sie verspricht, so kann die deutsche Wirtschaft dadurch außergewöhnlich viel gewinnen.

Die Industriellen Europas schließen sich enger zusammen. Am 29. und 30. November hat eine Direktorenkonferenz der europäischen Industrieverbände stattgefunden. Man beschäftigte sich mit den amerikanischen Zolltarifen, wobei man zu der Ueberzeugung kam, daß diese die europäischen Industrien bedrohen und die Kaufkraft unseres Erdteils beeinträchtigen. Des ferneren befaßte man sich mit den wirtschaftspolitischen Richtlinien des Internationalen Gewerkschaftsbundes. In der offiziellen Verlautbarung wird nicht gesagt, zu welcher Stellungnahme man hierbei gelangt ist. Anzunehmen kann man wohl, daß diese ablehnend gewesen ist. Schließlich beschäftigte man sich noch mit den Wirtschaftsarbeiten des Völkerbundes. Hierbei kam die Auffassung zum Durchbruch, daß die Unternehmer Europas diesen Dingen in Zukunft mehr Beachtung schenken wollen. Zum Schluß wurde die übereinstimmende Auffassung zum Ausdruck gebracht, daß die europäischen Industrieverbände hinfürten enge Fühlung miteinander halten, d. h. sich enger zusammenschließen wollen. Solche Konferenzen sind etwas ganz Neues. Sie betätigen die Auffassung, daß wirtschaftspolitische Fragen über die Landesgrenzen hinaus erörtert und zu beeinflussen versucht werden. Die Unternehmer zeigen, wie das gemacht wird. Sollen die Arbeiter da zuriefen? Nein! Internationale Wirtschaftspolitik tritt mehr denn je an die Stelle der nationalen. Da muß der IGB (Amsterdam) als der Sachverwalter der Arbeiterinteressen in Funktion treten. Dies kann er allerdings nur, wenn er in jedem Lande die notwendige Unterstützung findet.

BRIEFKASTEN

Jahrgang 1929. Zahlstellen, die einen gebundenen Jahrgang des „Steinarbeiter“ mit Sondereinband der Technischen Beilage wünschen, müssen diese Bestellung bis Jahreschluß der Redaktion übermitteln. Der Einband wird den Zahlstellen zum Selbstkostenpreis berechnet.

Neue Bücher, Zeitschriften

24 Schrifttafeln. Mappe mit 25 Alphabeten und 25 praktischen Beispielen für den Schriftmaler. Preis 10 Mark., herausgegeben vom Verlag „Schönblick“ in Leipzig, G. m. b. H., Hamburg 36, Alter-Terrasse 10.
Die Tafeln in der Mappe zeigen Blockdruck, Neue Lateinschrift, Ornamentale, Schablonenschrift, Kalligraphie, Antiqua, verschiedene Antiqua, Gedige, Fraktur, Neue Bastardfraktur, Modern-Gothisch, Antiqua-Kursiv, Grotesk und Baskette und eine Reihe Abwandlungen, sogenannte moderne Schriften. Druck und Ausstattung der 24 Schrifttafeln großen Schriftensmappe sind vorzüglich. Die Schrifttafeln sind in der Hauptsache für den Schriftmaler gedacht, geben aber auch anderen, die mit Schriften zu tun haben, wie beispielsweise den als Schriftbauer tätigen Steinmetzen, viele Anregungen und Unterlagen. Wenn der Anschaffungspreis nicht zu hoch ist, der soll sich von den Schriftführern die Mappe zulegen.

Die Frau in der Kirche von heute. Von Käthe Meyer-Lugan. Verlag „Der Arbeiter“, Berlin SW 29, Glienickerstr. 41. 47 Seiten Umfang. Preis 40 Pfg. Die Verfasserin wendet sich in dieser kleinen Schrift an ihre proletarischen Schwestern. Sie kennt deren Nöte und Leiden, die aus Unwissenheit und sozialer Gebundenheit geboren sind. Alle, die wünschen, daß wir aus diesen sozialen Zuständen nun heute zu leichter Zukunft und besserem Menschentum gelangen, müssen diese Broschüre die außerdem wertvolles Material über modernes Kirchenrecht, Eherecht, richterliche Urteile und vieles andere auf dem Gebiete neuerer wissenschaftlicher Forschung enthält, lesen und verbreiten.

Das Mondtal. Ein neuer Roman von Jack London. Volksausgabe Büchergilde Gutenberg, Berlin. Nach einigen Bänden Erzählungen übertrifft die Herausgeber der Gesamtausgabe der Jack-London-Bücher jetzt mit einem neuen Roman dieses unerhörten produktiven und phantasiebegabten Schriftstellers. Der Roman „Das Mondtal“ umfaßt zwei stattliche Bände. Im Mittelpunkt des Geschehens stehen zwei junge Mädchen, eine Plätkerin und ein junger Arbeiter, der eine Zeitlang Boger war, dann aber aus Eitel vor der Sensationsmacherei, die diesen Sport perigiert, umartete und aufhörte wurde. Die beiden lernen sich auf einem Tanzergnügen kennen, finden sich glänzend zusammen und werden bald Mann und Frau. „Fitterwochen“ nennt die arbeitende Klasse nicht, beide müssen sich ihren Weg durch das harte Dasein bahnen, aber ihre Liebe bleibt ewig jung. Die wirtschaftlichen Sorgen nehmen zu, als ein heftiger Streik gegen den fortwährenden Lohnabbau Stellung nimmt. Es kommt zu blutigen Zusammenstößen, und der junge Gemann wird nun den Nachhaken auf einen Monat ins Gefängnis gesperrt. Das Klassenbewußtsein in den beiden jungen Menschen ist schwächer als ihre von ihren Eltern vererbte Sehnsucht nach dem Lande. Und so ziehen sie eines Tages aus San Francisco fort, zu Fuß wie ihre Vorfahren, im Herzen eine unklare Verheißung, das Tal zu finden, in dem sie die Erfüllung ihrer Wünsche ernten wollen. Dieses Tal scheint es nur auf dem Monde zu geben. Aber nach langer abenteuerlicher und romantischer Wanderung finden sie ihr Mondtal und erobern sich ihr Glück. — Bei einem anderen Schriftsteller als Jack London wäre diese Romanabenteur eine Entgeißelung geworden. Der große Amerikaner aber bringt in diesen doppelbändigen Roman so viel Jugend, so viel Naturbegeisterung und männliche Kraft hinein, gibt diesen beiden jungen Menschen so viele Züge aus seinem eigenen Leben, daß das Interesse an diesem Roman noch bleibt bis zum guten und beglückenden Ende.

„Die Gemeinde“. Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Verlag J. S. W. Dieckhoff, Berlin SW 68. Bezugspreis monatlich 60 Pfg. Zu beziehen durch alle Postanstalten und Buchhandlungen oder direkt vom Verlag.

Multirierte Reichsbanner-Zeitung. Erscheint wöchentlich. Postabonnament monatlich 90 Pfg. Postankalten und Verlag J. S. W. Dieckhoff, Berlin SW 68, nehmen Bestellungen an.

„Der Wahre Jakob“ ist zum Preise von 30 Pfg. pro Exemplar in allen Volksbuchhandlungen zu haben.

„Frauenwelt“. Halbmonatsschrift, Preis 40 Pfg., mit Schnittmusterbogen 50 Pfg. Verlag J. S. W. Dieckhoff, Berlin SW 68. Bestellungen bei allen Postanstalten und Buchhandlungen.

Das sozialistische Jahrhundert. Monatschrift für Religion des Sozialismus und sozialistische Lebenskultur. Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Hannover-Boisfeld. Preis vierteljährlich 60 Pfg. und 15 Pfg. Porto.

ANZEIGEN

Bezirk Schöneberg, Steglitz und Umgegend

Sonntag, 22. Dezember, 10 Uhr, im Lokal von Schellhase, Steglitz, Ahornstr. 15a, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Jahresbericht der Bezirksleitung. 2. Neuwahl der Bezirksleitung.
Die Ortsverwaltung, I. A.: August Nillert

Ein praktisches Weihnachtsgeschenk ist unser

Zaschenkalender 1930

Preis 1 Mark (mit Führer durch das Arbeitsrecht). Der Kalender kann durch unsere Zahlstellenverwaltungen oder direkt vom Vorstandsvorsitzenden bezogen werden. Die Auflage ist beschränkt, Bestellungen bald aufgeben.

Achtung! Neuheit!
Haarfilzstrümpfe
in allen Größen, wärmste Fußbekleidung für Steinarbeiter, waschbar u. ausbesserungsfähig, daher von längster Lebensdauer. Liefert Haarfilzstrümpfabrik L. Huhn, Stadtlengsfeld

Pflasterhämmer
aus bestem Schweißstahl
Rammen, Brechstangen
und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31
Brunnenstraße 82

GESTORBEN

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden inolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

- In **Blauberg** am 5. November der Hilfsarbeiter Andreas Schwarzkopf, 50 Jahre alt, 5 Monate krank, Magenkrebs.
- In **Luckenwalde** am 30. November der Hilfsarbeiter Reinhold Kniesche, 56 Jahre alt, 9 Wochen krank, Blutvergiftung.
- In **Verden** am 1. Dezember der Sandsteinmetz Gustav Geiger, 42 Jahre alt, 28 Wochen lungenkrank.
- In **Bremen** am 1. Dezember der Marmorschleifer Joseph Cronik, 59 Jahre alt, Herzschwäche.
- In **Wunsiedel** am 4. Dezember der Granitsteinmetz Joseph Eiban, 58 Jahre alt, 4 Wochen krank, Darmoperation; am 10. Dezember der Granitsteinmetz Christian Rösler, 60 Jahre alt, Lungenverengung.
- In **Hohburg** am 4. Dezember der Hilfsarbeiter Erich Kube, 24 Jahre alt, Gehirnerschütterung.
- In **Wiesbaden** am 6. Dezember der Sandsteinmetz Wilhelm Dickel, 67 Jahre alt, 6 Wochen krank, Magenkrebs.
- In **Wechselburg** am 8. Dezember der Steinmetz Oskar Wiesenhaken, 60 Jahre alt, 5 Monate lungenkrank, dann Freitod.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold. Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Einiges zum „Verein der Steinfeger- gesellen von Berlin“

In Nr. 44 des „Steinarbeiters“ hat Kollege A. Knoll in einem lehrreichen Artikel die Schwierigkeiten und Gegenströmungen geschildert, die vor dem Kriege der einheitlichen, organisierten Zusammenfassung der Arbeiter des Berliner Steinfegergewerbes im Wege standen. Aber nicht nur vor dem Kriege, sondern im weitesten Maße auch nach dem Kriege hat diese Organisationspolitik die Einigkeit der Berliner Steinfeger aufs unheilvollste beeinflusst und zersetzt. Es sei in diesem Zusammenhang nur auf den auch weitesten Kreisen bekannten Maulrevolutionsärzter Sibura hingewiesen. Als er und sein Anhang durch Lotterwirtschaft und Teufelmechel mit einzelnen Firmen (die Firma Baumann bedrängte er, die Kosten für eine völlige Neueinkleidung seiner Person zu übernehmen), sich im Verbandsunmögliche machte und ausgeschlossen wurde, da gründete er sofort eine neue Organisation. Und das außerordentlich Besühmende trat ein, daß ein wesentlicher Teil der Berliner Steinfeger den Vorkommnissen folgte, obwohl urkundlich feststand, daß dieser Held sich von Unternehmern Sonderanteile zu verschaffen verlor. Ein würdiger Vorläufer der „Freie Arbeitervereine“! Die gleiche Lotterwirtschaft setzte Sibura in seiner neuartigen Organisation fort, bis es dieser zu bunt wurde und sie ihn und seiner Anhang ebenfalls ausschloßen mußten. Die Folge war, daß diese Splittlerorganisation in ganz kurzer Zeit verfiel und zugrunde ging. Man hätte nun annehmen können, daß die Berliner Steinfeger aus diesen Vorkommnissen gewisig, weiterhin recht vorichtig allen diesen pseudorevolutionären Bestrebungen gegenüberstanden hätten, die in der Hauptsache die Organisation zum Nutzen ihrer eigenen Tasche mißbrauchten. Doch weit gefehlt! Kurz nach der Inflation wurde ein neuer Laden aufgemacht, der sich „Freie Vereinigung“ nannte, und der den Berliner Steinfegern alles Heil zu bringen versprach. Also die Abplitterung in zweiter Auflage!

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß diese „Freie Vereinigung“ nur mit den bekannten Phrasen: Kampf den Bossen! Kampf dem Steinarbeiterverband! zusammengehalten wurde, bis ... nun bis der Kassierer dieses Organisationsgebildes die Zeit für gekommen erachtete, die Kassenbestände der Vereinigung sich anzueignen und ein Karussell dafür zu kaufen. Das war die zweite Pleite mit den Berliner Sonderorganisationen innerhalb weniger Jahre. Denn nach diesem Abbruch des Kassierers an dem Verbandsvermögen verfiel die „Freie Vereinigung“ rapid und die meisten Mitglieder schlossen sich als Neuentretende wieder dem Verband an. Doch lange würde die nun leiblich wiederhergestellte Einigkeit der Berliner Steinfeger im Steinarbeiterverbande auch nicht. Vor zwei Jahren kam es zur dritten Gründung einer Sonderorganisation. Auch aller schlechten Dinge scheinen drei zu sein! Durch die Abwehr der Affordarbeit der im Steinarbeiterverbande organisierten Kollegen glaubten sich einige auf Afford verlassene Steinfeger benachteiligt und gründeten durch Zusammenfassung dieser den „Verein der Steinfegergesellen von Berlin“. Das völlige Fiasko der beiden Vorläufer hatte die Gründer durchaus nicht abgeschreckt. Seit dem Jahre 1920 hat Berlin drei Sonderorganisationen geschaffen. Und es scheint, daß die Gründung des Gesellenvereins noch nicht die letzte Abplitterung ist.

Dieser Steinfegerverein soll nun das vollbringen, was seinen beiden Vorläufern zu erreichen unmöglich war. Auch die beiden Vorläufer des Gesellenvereins bezweckten nach ihrem Programm die Verbesserung der Lebenslage der Steinfeger. Infolge der Lumpenzeiten aber und infolge des gesunden Sinnes der im Steinarbeiterverband organisierten Mehrheit der Berliner Steinfeger, kamen sie niemals in die Lage, ihr Programm auch nur rückwärtsweise zu verwirklichen. Der Gesellenverein aber will dieses Programm zur Ausführung bringen. Er hält sich an Mitgliederzahl und an Kampfkraft für sich. Er hat sich an Mitgliederzahl und an Kampfkraft für sich genügend stark dazu. Wenn man den Worten dieser Anhänger bei ihrer Agitation auf den Bauustellen glauben schenken könnte, müßte man annehmen, daß der Gesellenverein in aller nächster Zeit das in seinem Statut niedergelegte Programm: „Schaffung von würdigen Lohn- und Arbeitsbedingungen“ auszuführen gedenkt. Denn auf den Bauustellen selbst hört man Zahlen von dem Mitgliederbestande und dem Vermögen des Gesellenvereins die weit über das Tatsächliche hinausgehen. Die einen geben die Mitgliederzahlen, des Gesellenvereins mit 700, andere mit 800 und wieder andere mit 1000 an. Kontrollieren konnte man bisher diese Zahlen nur sehr schlecht. Zwar sind in der Steinfegerfachgruppe Berlin des Steinarbeiterverbandes rund 1500 Mitglieder organisiert, aber dieses läßt einen einwandfreien Maßstab auf die Höhe der Mitgliederzahl im sogenannten Gesellenverein nicht zu. Diese auf den Bauustellen aufgetauchten Gerüchte von dem Einfluß des Gesellenvereins auf die Arbeiterchaft des Berliner Steinfegergewerbes konnten nur an der Mitgliederzahl unserer Steinfegerfachgruppe auf das richtige Maß zurückgeführt werden. Entgegenste man auf den Bauustellen den Anhängern des Gesellenvereins, daß es im höchsten Falle 300 Berliner Steinfeger sind, die ihnen Gefolgschaft leisten, dann wurden uns ganz unmögliche Zahlen entgegengehleubert und dem Steinarbeiterverbande sein baldiges Ende prophezeit. Wurde von uns daraufhin hingewiesen, daß die Steinfegerfachgruppe in Berlin immer noch rund 1500 Mitglieder im Steinarbeiterverbande zählt, dann wurde dies als glatter Schwindel bezeichnet, während wir natürlich die Zahlen, die die Anhänger des Gesellenvereins von ihrer Stärke uns mitteilten, keinesfalls gelten lassen konnten. Kurz, auf den Bauustellen war durch diese Gegenfeitigkeiten ein Verhältnis geschaffen, das nachzuahmen, keinesfalls für das übrige Deutschland verlockend ist.

Kollege Knoll hat in seinem schon genannten Artikel auf die Triebkräfte hingewiesen, die zu der Gründung des Gesellenvereins geführt haben. Jetzt aber ist durch den Gesellenverein selbst die Möglichkeit gegeben, seine Stärke und die Kampfkraft einwandfrei kennenzulernen. Solche unkontrollierbaren Gerüchte über den großen Einfluß des Gesellenvereins auf die Berliner Steinfeger können nun nicht mehr die Bauustellen umschwirmen. Seit dem November dieses Jahres gibt der Gesellenverein für seine Mitglieder ein monatlich erscheinendes kleines Mitteilungsblatt heraus. In Nr. 2 dieses Mitteilungsblattes setzt sich der alte, gute Kollege Wilhelm Strauß-Charlottenburg mit dem Artikel des Kollegen Knoll in Nr. 44 des „Steinarbeiters“ auseinander. Wir wollen die Angriffe und Schmähungen dieses Artikels gegen den Kollegen Knoll und den Steinarbeiterverband übergehen, obwohl auch wir der Ansicht des größten Teiles der Berliner Steinfeger sind, daß, wenn die prominenten Schreiber dieses Mitteilungsblattes nur den hundertsten Teil dessen geleistet hätten, was Kollege Knoll für die Arbeiterchaft des Steinfegergewerbes von ganz Deutschland getan hat, sie erfolgreich auf ihren Vorbeeren ausruhen könnten.

In diesem Mitteilungsblatt des Gesellenvereins stellt Kollege Wilhelm Strauß fest, daß es der Wille von 800 Steinfegern Groß-Berlins war, die Gründung des Gesellenvereins vorzunehmen. Es sei kein Wert einzelner Personen. Wir wollen uns nur mit der Zahl 800 beschäftigen. So stark soll nach der Meinung von Wilhelm Strauß der Gesellenverein sein? „Lieba Willem! Der schreibe wolle, aber loobn tuts tee Mensch! Hast man de Baad zu velle uffgeplustert!“ Das haben wir auf den Bauustellen nicht geglaubt, und auch jetzt glauben wir es nicht, wenn auch die Zahl schwarz auf weiß in dem genannten Mitteilungsblatte zu lesen ist. Denn durch das gleiche Mitteilungsblatt können wir jetzt beweisen, daß der Gesellenverein sich wohl die Mitgliederzahl von 800 wünschen mag, aber sie niemals erreicht hat. Denn in dem gleichen Mitteilungsblatte wird die Abrechnung des Gesellenvereins für das 3. Quartal 1929 in Mark und Pfennigen veröffentlicht, die in einwandfreier Weise eine Berechnung der Mitgliederzahl zuläßt. Die veröffentlichte Abrechnung des Gesellenvereins zeigt im 3. Quartal 1929 eine Einnahme an Mitgliedsbeiträgen von insgesamt 1866,50 Mark vor. Es wird ein Beitrag von

30 Pf. pro Woche erhoben. In diesen 13 Wochen des 3. Quartals müßte also jedes Mitglied des Gesellenvereins 6,50 Mark an Beitrag gezahlt haben. Es haben demnach nur 287 Mitglieder in der Abrechnung für das 3. Quartal ausgewiesenen Gesamtbeitrag von 1866,50 Mark abgebracht. „Der stimmt, Willem!“ Also nicht 800 Mitglieder sind laut Abrechnung in dem Gesellenverein vereinigt, sondern nur 287. Wir wollen aber ruhig noch ein paar Duzend unsichere Rantonisten zugeben, so daß sich die Zahl um eine Kleinigkeit noch vermehren wird. Rund 300 schätzen wir den Mitgliederbestand des Gesellenvereins bei den Auseinandersetzungen auf den Bauustellen und wir finden jetzt unsere Schätzungen als richtig durch die Abrechnung des Gesellenvereins bestätigt. Also der Einfluß des Gesellenvereins ist gemessen an der Mitgliederzahl unserer Berliner Steinfegerfachgruppe innerhalb der Steinfeger Berlins nur ein sehr geringer.

Weitere aber läßt diese erstmalig der Öffentlichkeit übergebene Quartalsabrechnung nicht nur die Schülfe auf die Mitgliederzahl des Gesellenvereins zu, sondern in weiterem Maße noch auf seine Kampfkraft. Es wurde schon gesagt, daß der Gesellenverein in seinem Statut das Eintreten für würdige Lohn- und Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder festgesetzt hat. Wenn eine Organisation diesem Ziele dienen will, dann muß sie ihre Mitglieder zu Opferwilligkeit und Beitragsfreudigkeit erziehen; denn die Durchführung dieses Programms bedeutet, daß die finanzielle Stärke der Organisation allen Mitgliedern in Streitigkeiten einen feiten Rückhalt gibt. Ohne den Rückhalt aller Kampfionds ist jede Organisation nicht in der Lage, mit Erfolg die Lebenslage seiner Mitglieder bessern zu können. Wie sieht es in dieser Hinsicht bei dem Gesellenverein aus? Ist er wirklich so kapitalträchtig wie seine Anhänger auf den Baustellen immer wieder verkündet haben? Nun auch hier gibt die Abrechnung genaue Auskunft. In ihr wird das gesamte Vereinsvermögen mit 5233,24 Mark ausgewiesen. Also rund 5000 Mark stehen den 300 Mitgliedern des Gesellenvereins bei einem sich aus einer Lohnbewegung entwickelnden eventuellen Kampfe gegenüber. Das ist die Kampfs- und Widerstandskraft des Gesellenvereins, die sich in dieser Summe ausdrückt. Mit diesem geringen Betrage lassen sich natürlich Lohnfragen, die doch auch Machtfragen sind, nicht im geringsten beeinflussen. Wir wollen nicht hoffen, daß es bei den nächsten Lohnregelungen zu offenem Kampfe kommt, aber wir wissen, daß das Gesamtvermögen des Gesellenvereins gerade drei Tage ausreicht, um im Falle eines Kampfes, seine 300 Mitglieder in der gleichen Weise wie der Steinarbeiterverband unterstützen zu können. Und was wird dann, wenn der Kampf länger als drei Tage dauert? Dann wird eintreten, daß durch die Unmöglichkeit der Gewährung von Streikunterstützung die Mitglieder des Gesellenvereins die Kampffront verlassen und den kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen. Trotz aller guten Vorsätze! Wenn eine Organisation die Lohn- und Arbeitsbedingungen entscheidend beeinflussen, und die Interessen ihrer Mitglieder gegen das vereinigte Unternehmertum wahren will, dann muß sie sich einen anderen Rückhalt und eine andere finanzielle Stärke schaffen, als dies mit Wochenbeiträgen von 30 Pfennig möglich ist. Die alte gewerkschaftliche Erfahrung, daß je kleiner die Organisation ist, um so höher die Opferwilligkeit der Mitglieder sein muß, hat im Gesellenverein noch keinen Anfang gefunden. Für uns ist klar, wenn auch der Gesellenverein auf den Bauustellen den starken Mann markieren will, daß die Kampfs- und Widerstandskraft des Gesellenvereins nicht zum kleinsten Kampfe ausreicht. Auf den Bauustellen haben uns die Anhänger des Gesellenvereins verhöhnt, noch so dumm zu sein, die hohen Beiträge „nur für die Bossen“ zu zahlen. Nun, wir haben ihnen geantwortet, allerdings ohne Eindruck zu machen, daß wir, gefügt auf die Kraft von über 2½ Millionen Mark in der Hauptkassette des Steinarbeiterverbandes allen Eventualitäten des gewerkschaftlichen Kampfes mit Ruhe entgegensehen. Denn das ist die Macht in unserm Kampfe und nicht Geld und phrasenhafte Worte. Das Einzige aber ist, daß durch die Abplitterung des Gesellenvereins und durch seine zu geringe finanzielle Stärke, allgemein die Stochkraft der Arbeiter im Berliner Straßenbau gehemmt wird. Infolge seiner Kleinheit müßte der Gesellenverein seinen Wochenbeitrag mindestens auf 3 Mark erhöhen, wenn er seine Mitglieder gegen alle Zufälle des gewerkschaftlichen Kampfes einigermaßen sichern wollte. Hier zeigt sich aber auch ganz deutlich, daß die Mitglieder des, die ganze Steinindustrie und das ganze Steinfegergewerbe Deutschlands umfassenden Steinarbeiterverbandes infolge der Solidarität seiner 73.000 Angehörigen Größeres und Besseres schaffen kann, als eine Splittlerorganisation, die auf einem Ort beschränkt und allen Zufälligkeiten ohne Hilfe von den Kollegen anderer Orte ausgesetzt ist.

Es mag sein, daß es dem Gesellenverein ernst mit der Verbesserung der Lebenslage seiner Mitglieder ist, aber dazu ist das Mittel der Abplitterung das allerungeeignete. In dem Mitteilungsblatte wird durch Wilhelm Strauß so nebenbei gesagt, daß nach dem Kriege und der Inflation der Steinarbeiterverband nichts für die Steinfeger in Berlin getan habe. Mit diesen Worten soll doch ausgedrückt werden, daß der Gesellenverein sich tüchtig ins Zeug legen wird, um die Lohnfrage in besserer Weise als der Steinarbeiterverband zu regeln. Und wie wurden die Löhne vom Steinarbeiterverband nach der Inflation geregelt. Wir lassen die Lohnhöhe der Steinfeger vom Jahre 1924 an nachstehend folgen. Der Steinfegerlohn betrug in Berlin:

Februar 1924:	68 Pfennig pro Stunde
April 1924:	83 Pfennig pro Stunde
Mai 1924:	95 Pfennig pro Stunde
September 1924:	100 Pfennig pro Stunde
November 1924:	106 Pfennig pro Stunde
Februar 1925:	115 Pfennig pro Stunde
April 1925:	125 Pfennig pro Stunde
Juli 1925:	145 Pfennig pro Stunde
April 1927:	154 Pfennig pro Stunde
September 1927:	157 Pfennig pro Stunde
April 1928:	163 Pfennig pro Stunde
September 1928:	165 Pfennig pro Stunde
April 1929:	170 Pfennig pro Stunde
Oktober 1929:	172 Pfennig pro Stunde

Im Anschluß an diese Aufstellung der Löhne ist eine Frage erlaubt: Hätte eine „Freie Vereinigung“ oder ein „Gesellenverein“ die Lohnfrage in besserer Weise regeln können?

Angesichts der ganzen Verhältnisse und angesichts der dargelegten geringen Kampfkraft dieser Abplitterungen ist dies völlig ausgeschlossen. Und weil wir im Steinarbeiterverbande organisierten Berliner Steinfeger dies klar erkennen, werden wir unserm Verbands nach wie vor die Treue halten. Denn es bedeutet doch eine völlige Umkehrung der wirtschaftlichen Vernunft, wenn wir in einer Zeit, wo das Unternehmertum sich immer fester zusammenschließt, die Hand dazu bieten würden, um unsern wirtschaftlichen Gegnern das Feld dadurch zu überlassen, daß wir uns organisatorisch zersplittern und zersetzen.

Wenn die Anhänger des Gesellenvereins uns ob dieser unserer Einstellung als dumm und rückständig bezeichnen, das wollen wir gelassen tragen; haben aber bestimmt die Hoffnung, daß auch in den Kreisen der Anhänger des Gesellenvereins eines Tages die Erkenntnis zum Durchbruch kommt, daß unsere vermeintliche „Dummheit“ und „Rückständigkeit“, die ihren Ausdruck in der Treue zum Steinarbeiterverbande findet, das einzige Mittel ist, die Interessen der gesamten Arbeiterchaft des Berliner Steinfegergewerbes überhaupt wahren zu können. Von Splittlerorganisationen ist noch niemals Großes geleistet worden, außer großen Worten:

Einigkeit tut uns Berliner Steinfegern bitter not, diese zu erreichen, wird unsre Aufgabe sein! Aber die Einigkeit kann nur durch den Zusammenschluß aller Arbeiter im Steinarbeiterverband erreicht werden, der an Zahl der Mitglieder und an Kampfkraft uns die Gewähr bietet, daß wir ohne Sorgen allen Eventualitäten des Gewerkschaftskampfes entgegensehen können. Der Steinarbeiterverband wird auch in Zukunft unsre Stütze sein!

Vierte Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes am 25. und 26. November 1929

Der zweite Vorsitzende Grafmann berichtete zunächst über den Unfall, den Theodor Leipart am 14. Oktober erlitten hat.

Dann hielt Dr. Hans Wilbrandt ein Referat über Agrarzölle und landwirtschaftliche Produktivität. Bei der Behandlung der Agrarprobleme steht die Zollfrage meist im Vordergrund. Der AGB hat sich in seinem Wirtschaftsprogramm grundsätzlich für allmählichen Zollabbau eingesetzt. Für den Augenblick ist aber an Abbau der Agrarzölle gar nicht zu denken. Die Aufgabe kann vielmehr nur sein, die Zollpolitik in eine vernünftige Richtung zu lenken. Vor dem Kriege setzte sich die Arbeiterchaft, die Verbraucherchaft, für Aufhebung der Agrarzölle ein. Die Landwirtschaft plädierte für den lädenlosen Zolltarif. Die Vorkriegsauffassung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften war im Grunde von liberalen Anschauungen bestimmt; sie entsprach weniger planwirtschaftlichen Gedankengängen. Die Sozialdemokratie steht heute nicht mehr auf diesem strikt ablehnenden Standpunkte. Die Frage der Zölle ist für sie nicht mehr eine Frage des Prinzips, sondern sie wird von Fall zu Fall gepriift.

Wilbrandt erörterte an einigen Beispielen die Gründe, um derentwillen die Frage der Agrarzölle nicht schematisch mit ja oder nein beantwortet werden kann. Allerdings, ein lädenloser Zolltarif auf die landwirtschaftlichen Produkte kommt unter keinen Umständen in Frage.

Die Landwirtschaft überschätzt die Bedeutung der Zölle als Grundlage ihrer Rentabilität. Man darf im übrigen nicht außer acht lassen, daß man das, was man der Landwirtschaft gibt, der städtischen Bevölkerung nehmen müßte, das heißt, daß in dem Maße, wie die Kaufkraft der Landwirtschaft auf diese Weise hochgetrieben wird, die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung sinkt.

Welche Faktoren haben auf die heute prekäre Lage der Landwirtschaft eingewirkt? Die Inflation, die für die Entschuldung der Landwirtschaft überaus günstig war, ist von den meisten Landwirten nicht benutzt worden, ihre Betriebe auf eine gesunde Produktionsbasis zu stellen. In der Deflation konnten nur die Landwirte ihren Betrieb rentabel gestalten, die so sparsam wie möglich wirtschafteten.

Durch überspannte Zollpolitik ist die Kaufkraft der bäuerlichen Landwirtschaft keinesfalls zu haben. Es sind ja gar nicht die niedrigen Preise, welche die Lage der bäuerlichen Landwirtschaft schwierig gestalten. Die Ursache ist meist einfach die Rückständigkeit der bäuerlichen Betriebe. Das landwirtschaftliche Bildungswesen steht in Deutschland noch im Anfang der Entwicklung. Nur ein kleiner Teil der Bauern hat landwirtschaftliche Schulung genossen; vor dem Kriege waren es nur 2 bis 3 v. H., nach dem Kriege hat sich der Prozentsatz erhöht. Die Schulung der Landwirte ist für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität von größter Bedeutung. Angenommen, daß die deutschen Bauern geschulte Landwirte wären, so könnte die Feldproduktion um mehrere Milliarden gesteigert und ihre Produkte verbilligt werden; eine Einfuhr von Lebensmitteln würde sich dann erübrigen. Auch die Milchzeugung ließe sich um 50 bis 100 v. H. steigern. Diese Steigerung würde gleichzeitig eine Senkung der Produktionskosten zur Folge haben, die sich ungefähr auf eine Milliarde belaufen würde. Bei rationaler Fütterung könnte die Schweinefleisch erheblich verbilligt, der Verbrauch gesteigert werden. In Anbetracht der starken Konjunkturschwankungen, der die Schweinepreise unterliegen, wäre das eine wie das andere von großer Bedeutung. Ähnlich liegt es bei der Hühnerzucht.

Ausbau des landwirtschaftlichen Bildungswesens, Ausbau der staatlichen Beratungs- und Kontrolltätigkeit — in einem Wort: Rationalisierung der Landwirtschaft: das sind die Hauptmittel zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktivität. Diese Rationalisierung hat gegenüber der Rationalisierung in der Industrie den Vorteil, daß sie keine Menschen freisetzt. Es kommt auf die Modernisierung der Landwirtschaft durch unmittelbare Produktion fördernde Maßnahmen an.

In eingehenden Ausführungen gab Dr. Lomberg eine Schilderung der modernen Landwirtschaft auf betriebswirtschaftlicher Grundlage. Er brachte eine Reihe von Beispielen aus seiner Praxis, die erläuterten, welche Möglichkeiten noch für die Landwirtschaft bestehen, ihren Betrieb betriebswirtschaftlich kalkulatorisch zu durchdringen. Mit dem ökonomischen Grundsatz: „Versuche jede Produktionseinheit mit dem möglichst geringsten Aufwand an Kapital und Arbeit herzustellen“, muß endlich einmal in der Landwirtschaft ernst gemacht werden. Nach seiner Meinung gibt es unter den vier Millionen Betriebsleitern vielleicht einige hundert solcher führenden Köpfe, die sowohl betriebswirtschaftliche, kaufmännische und organisatorische Kenntnisse in ihrer Person vereinigen. Der Rechenstift muß das Hauptwirtschaftsinstrument des Landwirtes werden, und er muß überhaupt in seinen ganzen Anschauungen mehr und mehr von der Landundpolitik abdrücken — die in der Regel nur eine Politik der Rückständigkeit und der verfallenen Gelegenheiten war — und muß zu einer vernünftigen modernen Wirtschaftsauffassung kommen. Weil ein Mangel an Kapital besteht, darf man auch für den Bodenpreis nur soviel bezahlen, daß er sich nach Abzug aller Grundsteuern und Lasten kapitalmäßig mit mindestens 7 v. H. verzinst. Die Bodenpreise sind weit über die wirtschaftlich gerechtfertigte Höhe emporgewachsen, was verschiedene Ursachen hat:

1. Die Innenkolonisation — vom Staate künstlich gesteigerte Nachfrage nach Boden —.
2. Der Landhunger der Bauern und der Selbstständigkeitsdrang der Bauernsöhne.
3. Die hohe soziale Geltung, die speziell vor dem Kriege mit dem Erwerb eines Rittergutes verbunden war.
4. Aus Gründen der Erbfindung wird das Gut oft überbezahlt, wenn es viele Generationen in der Familie war.

Der einzige Wertmesser unserer Erträge muß der Kapitalaufwand sein. Wir müssen uns Losmachen von der trügerischen Beurteilung der Flächenerträge und den Ertrag des Kapitalaufwandes zum Barometer unserer Wirtschaftsführung machen.

Da die Agrarpolitik mit Maßnahmen arbeiten, die erst nach einem Zeitraum von mehreren Jahrzehnten sich auswirken, ist es sehr wichtig, daß man in der Agrarpolitik keine Irrwege geht, deren katastrophale Folgen erst viel später zur Geltung kommen. Wenn auch Aereoboe der praktischen Agrarpolitik viel neue Impulse gegeben hat, auch neue wertvolle Wege wies, so hat andererseits eine Reihe von A.s. Vorschlägen in der Deffentlichkeit und auch in der Wissenschaft zahlreiche Entgegnungen gefunden, die die praktische Durchführbarkeit bezweifeln und gleichzeitig auf die große Gefahr dieser Idee hinweisen. Der weitsichtige Agrarpolitiker muß vor allen Dingen dafür Sorge tragen, daß die zu ererbende Wirtschaftsstruktur der zukünftigen Zeit entspricht. Anderenfalls würde man rückwärtliche Ziele verfolgen und damit gewaltige Energien nutzlos vergeuden.

In diesem Zusammenhang ging der Redner auf die Siedlung von Kleinbäuerlichen Gritenzen ein und brachte die volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Seite dieses Problems zur Erörterung. Die Fragestellung war hier nach der optimalen Betriebsmöglichkeit hinsichtlich der Verwendung von Kapital und Arbeitskraft auch unter dem Gesichtspunkte der weltwirtschaftlichen Eingliederung der deutschen Volkswirtschaft. Er wies darauf hin, daß die heutige Betriebsgrößenverteilung ein Produkt zoll- und steuerpolitischer Beeinflussung sei, wodurch man eine freie Entwicklung in den letzten Jahrzehnten völlig ausgeschaltet hat. Wirtschaftliche Faktoren konnten aber nur dann an der Umgestaltung der Betriebsgrößenverteilung in Richtung zur optimalen, d. h. der volkswirtschaftlich und betriebswirtschaftlich erforderlichen Betriebsgröße arbeiten, wenn der landwirtschaftliche Betrieb dem freien Spiel der Kräfte ausgeliefert ist. Weiter geht der Redner auf die Verhältnisse in der außerdeutschen Landwirtschaft ein und führte vor allen Dingen die

Strukturwandlungen in der amerikanischen Landwirtschaft vor Augen. Hier ist klar und deutlich die Tendenz zur Vergrößerung der Betriebe festzustellen. Der Redner betonte die wirtschaftliche Unterlegenheit des Kleinbetriebes, die in der Landwirtschaft genau so ihre Gültigkeit hat wie in anderen Gewerben. Er kam zu der Schlussfolgerung, daß die Landarbeiter von der zukünftigen Entwicklung der Technik verlangen, daß sie die Bezahlung der menschlichen Arbeitskraft in ständig steigendem Maße gestattet. Andernfalls würde ein großer Teil ihrer fähigsten Menschen in die Industrie abwandern. Ein besonders schmerzlicher Verlust, da gerade in Zukunft tüchtige Qualitätsarbeiter dringlicher als bisher gebraucht werden. Der Lebensstandard der landwirtschaftlichen Bevölkerung müsse dem der städtischen angeglichen werden; erstens aus Gründen der Eindämmung der Landflucht, damit die Landarbeiter ihre städtischen Berufskollegen nicht unterbieten; zweitens, um den deutschen Binnenmarkt zu stärken, eine Wirtschaftskrise, die ständig an Bedeutung zunehme. Nicht in jedem Falle dürfe die sozialistische Agrarpolitik den Vorschlägen von Aeresoboe nach dieser Richtung folgen, wenn nicht hieraus ein Schaden für die gesamte Volkswirtschaft erwachsen soll. Denn die Fragestellung lautet heute keineswegs mehr: Wie komme ich zu Land für die Siedler, sondern: Wie beuge ich den nicht erwünschten Folgen vor, wenn große Flächen der deutschen Landwirtschaft nicht in rationaler Weise bearbeitet werden?

In der Diskussion erinnerte Egger daran, daß die Ursache für die unglückliche Lage eines Teiles der deutschen Landwirtschaft darin zu suchen sei, daß eine Differenz zugunsten der Landwirtschaft zwischen ihren Einnahmen, d. h. den Preisen für landwirtschaftliche Produktionsmittel bestehe. Der geringe Erlös des landwirtschaftlichen Produzenten für seine Erzeugnisse habe jedoch seinen Grund in der übersehenen Konkurrenz, mit überhöhten Zwischen Gewinnen belasteten Organisation des Absatzes.

Georg Schmidt forderte, daß auch die Gewerkschaften, namentlich auch ihre Presse, dem Ansturm der „Grünen Front“ größerer Aufmerksamkeit zuwenden. Und zwar durch Zurückweisung übertriebener Behauptungen über die Not der Landwirtschaft, aber auch durch ernsthafte Prüfung berechtigter Klagen. Zahlen über Sparkassenbeiträge in landwirtschaftlichen Gebieten sowie über Einlagen bei landwirtschaftlichen Genossenschaften beweisen, daß die Notlage der Landwirtschaft vielfach übertrieben dargestellt wird. Schmidt befürwortet eine Regelung der Roggenverbrauche mit dem Ziel, daß der Roggen, der in Deutschland erzeugt wird, innerhalb der Grenzen auch Verwendung findet.

Grafmann schloß die Diskussion mit dem Bemerkten, die Erörterung habe gezeigt, daß die Gewerkschaften genötigt sind, sich mit den Problemen eingehend und dauernd zu beschäftigen.

Darauf referierte Maschke über das Berufsausbildungsgesetz:

Das Berufsausbildungsgesetz sei zurückzuführen auf Forderungen der Gewerkschaften. Auch Forderungen der Zentralarbeitsgemeinschaften, in denen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer einig waren, bildeten die Grundlage des Verlangens nach einem Berufsausbildungsgesetz. Der Gesetzesentwurf stellt die Arbeit aller Jugendlichen — grundsätzlich ausgenommen ist die Landwirtschaft — unter die geplante Regelung. Dem Arbeitgeber kann das Recht zur Beschäftigung Jugendlicher entzogen werden, wenn ihm bestimmte Qualitäten, die das Gesetz fordert, nicht eignen. Allen Arbeitgebern werden Erziehungspflichten gegenüber den Jugendlichen auferlegt. Eine Grenze müssen diese Erziehungspflichten bei der Beendigung des Aufenthaltes im Betriebe finden. Vornausfall durch Besuch der Berufsschule dürfe nicht stattfinden; das Gesetz ist hier unzulänglich und bedarf der Verbesserung. Den Jugendlichen müsse aber auch die Freiheit gelassen werden, sich nach beendeter Arbeitszeit an Vereinigungen Jugendlicher und Veranstaltungen ähnlicher Art nach freier Wahl zu beteiligen. Zu fordern wäre, daß das Gesetz den Jugendlichen einen Anspruch auf Urlaub gibt. Eine gesetzliche Pflicht zur beruflichen Ausbildung ungelerner Jugendlicher bringt das Gesetz nicht. Es gibt aber den Körperkräften, die mit der Durchführung des Gesetzes betraut sind, das Recht, Mängelverbesserungen für eine berufliche Unterweisung „Ungelerner“ aufzustellen. Bei der Regelung des Lehrungsverfahrens steht im Vordergrund die Bestimmung über den Begriff des Lehrbetriebes. Das Gesetz stellt Bedingungen auf, die von den Betrieben erfüllt werden müssen, um als Lehrbetriebe zu gelten. Sind die Voraussetzungen nicht erfüllt, so kann einzelnen Betrieben und ganzen Erwerbszweigen das Recht zur Lehrverpflichtung aberkannt werden. Das Recht des Lehrmeisters zur väterlichen Zucht (Vies: Prügelstrafe) wird aufgehoben. Gesetzliche Berufsvertretungen im Sinne des Gesetzes sind die Handwerks- und Handelskammern; ihnen werden für die Aufgaben aus dem Gesetz paritätische Körperschaften angegliedert. Sie sehen z. B. auch die Dauer der Lehrzeit fest. Die Bestimmungen über den Lehrvertrag enthalten nennenswerte Verbesserungen des bisherigen gesetzlichen Zustandes sowie des ersten Entwurfes. Das Gesetz bringt auch eine Neuregelung des Gesellen- und Meisterprüfungswesens. Die für die Durchführung des Gesetzes vorgesehene Regelung befriedigt nicht. Unsere Vorschläge, diese Aufgabe den Arbeitsämtern im Rahmen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu übertragen, ließen sich nicht durchbringen. Die ausführenden Organe sind die Handels- und Handwerkskammern, die ihre Aufgaben aus dem Gesetz auf der Grundlage und im Rahmen der Beschlüsse zu bildender paritätischer Ausschüsse erfüllen sollen. Die Befugnisse der Ausschüsse sind jedoch unzureichend, denn ihnen unterliegt nicht die Geschäftsführung, die Kostenbedeutung und die Stellung von Strafanträgen auf Grund des Berufsausbildungsgesetzes, also die Vorbereitung und die Ausführung ihrer eigenen Beschlüsse. Diese Angelegenheiten bleiben der Kammer, also den Arbeitgebern, allein vorbehalten. Die Gewerkschaften fordern ein weitergehendes Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen mittels einer Erweiterung der Befugnisse dieser Ausschüsse. Ferner müsse betont werden, daß es unfruchtbar ist, der großen Zahl von Handwerks- und Handelskammern die Regelung des Lehrungsverfahrens, namentlich des Arbeitsvertrages des Lehrungsverfahrens, zu überlassen. Es muß eine zentrale Stelle geschaffen werden, die einheitliche Regelungen für einen weiteren Bereich zu treffen befugt ist. Kritisch zu bewerten sind vor allem die Bestimmungen, die sich auf eine mögliche Kollision zwischen Regelungen des Lehrvertrages durch Anordnungen der Organe des Gesetzes und durch Tarifverträge beziehen. Sie müssen eindeutiger formuliert werden, damit sie keine Einschränkungen des Rechtes, den Lehrvertrag durch Tarifvertrag zu regeln, zur Folge haben. Der Gesetzesentwurf enthält somit neben beachtlichen Fortschritten über die geltenden gesetzlichen Bestimmungen hinaus manchen Mangel, den wir bekämpfen müssen. Er stellt auf jeden Fall eine Grundlage dar zur geleisteten Neuordnung der für die Gewerkschaften so wichtigen Gebiete. Er eröffnet den Gewerkschaften manche Möglichkeiten, Einfluß auf die Regelung des Lehrungsverfahrens und der Berufsausbildung zu nehmen, er stellt ihnen aber auch bedeutungsvolle Aufgaben.

An das Referat schloß sich eine ausgedehnte Aussprache an.

In der Sitzung vom 26. November erstattete Grafmann den Bericht des Bundesvorstandes. Zunächst ging Grafmann rückblickend auf die Verhandlungen ein, die zu der Aenderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung führten.

Es ist dem Bundesvorstand gelungen, zu erreichen, daß Vertreter der Gewerkschaften als Sachverständige zu den Verhandlungen der Kommissionen hinzugezogen werden, die zur Einzelberatung des Youngplans eingesetzt worden sind. Der Vertreter der Gewerkschaften bei den Reichsbahnverhandlungen war Blach vom Einheitsverband der Eisenbahner; er hat, wenn auch unter Überwindung erheblicher Schwierigkeiten, Wertvolles erreicht.

Dann sprach Grafmann über den Stand der Verhandlungen über die vorzeitige Kündigung des Saargebietes und die Zuziehung von Gewerkschaftsvertretern zu den Sachverständigenkommissionen.

Im weiteren ging Grafmann kurz auf die Denkschrift des IFA-Bundes über die Reform des Versicherungsrechtes und die Stellungnahme des Bundesvorstandes zur Aktienrechtsreform ein.

Sehr ausführlich beschäftigte sich der Redner mit der Finanznot der Städte und den schlechten Aussichten, die sich daraus für die Bauwirtschaft in den nächsten Jahren ergeben. Ueber die Maßnahmen, die erforderlich sind, um die Bauwirtschaft planmäßiger zu gestalten

und insbesondere die behördlichen Bauvorhaben gleichmäßig über das ganze Jahr zu verteilen, hat sich der Bundesvorstand mit dem Reichsarbeitsministerium ins Benehmen gesetzt.

Der Bundesvorstand hat gegen den Entwurf eines Viehspielgesetzes protestiert. Der Reichsminister hat die Bitte der Reichsleitung in das Reichsarchiv übergeführt worden. Das Bestreben des Bundesvorstandes sowie das Recht über etwaige Substitutionen aus dem Nachlaß zu entscheiden, wurde vertraglich gesichert.

Eingehend berichtete Grafmann über die Arbeiten der vom Internationalen Gewerkschaftsbund eingesetzten Kommission, welche die Arbeitsverhältnisse im Erzbergbau und in der Metallindustrie Luxemburgs und Frankreichs und die Schwierigkeiten untersucht, die sich für die gewerkschaftliche Aufbauarbeit ergeben.

Anschließend sprach Schlimme über die Neuwahl der Handwerkskammern, die nach der Neuordnung vom 1. April 1929 vor der endgültigen Fertigstellung der Handwerksrolle für die einzelnen Kammerbezirke nicht möglich ist. Erst dann ist auch die Neuwahl der Gesellenausschüsse möglich. Die Wahlen können voraussichtlich erst im Mai oder Juni stattfinden. Ungelöst ist noch die Frage der öffentlich-rechtlichen Arbeitnehmervertretungen in Sachsen, Hamburg, Bremen, Lübeck. Da die Gesellenausschüsse sich durch Zuwahl von Sachverständigen bis zu einem Fünftel der Mitgliederzahl ergänzen können, so ist bei der bevorstehenden Reformulierung der Handwerkskammerstatuten darauf zu achten, daß Gewerkschaftsvertreter in genügender Zahl in diese Arbeitnehmervertretungen gewählt werden können. Bei der Wichtigkeit der Lehrlingsfragen und Mitwirkung bei sozialpolitischen Gutachten ist es Aufgabe der Ortsausschüsse, mit den jetzigen Gesellendvertretungen für sachungsmäßige Sicherheiten zu sorgen.

In der lebhaften Debatte, die an sich die Mitteilungen über die Tätigkeit des Bundesvorstandes angeschlossen, wurde von den Vertretern verschiedener großer Organisationen mit höchstem Nachdruck betont, daß im Arbeitsschutzgesetz bei der Regelung der Bestimmungen über Mehrarbeit unter allen Umständen der Tatsache der ständig gewordenen Arbeitslosigkeit Rechnung getragen werden müsse. Bestimmungen, die eine regelmäßige Überforderung der arbeitsfähigen Arbeitskräfte zulassen, verlieren jeden Sinn, wenn wie heute, die Rationalisierung zu starken Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen führt, die eine große Zahl von Arbeitskräften freisetzen.

Nach der Neuregelung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes im Oktober dieses Jahres wird der Kampf um eine sozial erträgliche Durchführung in den Verwaltungsausschüssen geführt werden müssen. Es versteht sich von selbst, daß eine Revision der Versicherungsleistungen, wie sie etwa da und dort im Zusammenhang mit der Finanzreform gefordert werde, völlig undistinkabel ist. Dagegen müsse eine Erweiterung des der Krisenunterstützung unterstehenden Personenkreises entschieden gefordert und Maßnahmen zu einer großzügigen Arbeitsbeschaffung vorbereitet werden. Es ist vor allem auch eine Aufgabe, der sich die Bezirkssekretäre annehmen müssen, in ihrem Bezirk zusammen mit den Bauarbeiterorganisationen der Absicht mancher Kommunen entgegenzutreten, ihre Bauvorhaben einzustellen oder einzuschränken. Im volkswirtschaftlichen Interesse muß vielmehr nach wie vor auf eine Behebung der Bau-tätigkeit gedrungen werden. In der Aussprache wandte sich der Vertreter des Deutschen Bauergewerksbundes mit großer Entschiedenheit gegen einen Vorschlag, der dahin geht, eine Einigung zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Baugewerbes herbeizuführen, die Löhne der Bauarbeiter im Winter im Vergleich zu den Löhnen während der Bauzeiten planmäßig zu senken. Dieser Gedanke widerspricht allen von den deutschen Bauergewerkschaften propagierten tariflichen Grundätzen und muß überall und unter allen Umständen abgelehnt werden.

Unter den beteiligten Verbänden bestand Einigkeit darüber, daß insbesondere die internationalen Berufssekretariate auf die Beseitigung der Arbeits- und Organisationsverhältnisse im Erzbergbau, in der Metallindustrie und im Baugewerbe Luxemburgs und Ostschweiz einwirken müssen.

Im Schlußwort fasste Grafmann die Ergebnisse der Aussprache zusammen. Der Vorstand wird auch seine Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsminister über die Schaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit, besonders im Wohnungsbau, fortsetzen.

Zum Schluß gedachte der Vorsitzende in ehrenden Worten des bekannten und gerade in Gewerkschaftskreisen sehr angeesehenen Sozialhygienikers Prof. Sommerfeld, der am heutigen Tage verstorben ist.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung sprach Schlimme. Er berichtete über das Ergebnis der Umfrage bei den Verbandsvorständen bezüglich ihrer Stellungnahme zu den in der Sitzung des Bundesauschusses am 31. Juli 1929 vorgelegten Richtlinien über einheitliche Uebertrittsbestimmungen.

Die Kommission für Verwaltungsreform hat noch einmal zu den eingegangenen Vorschlägen, und Abänderungsanträgen Stellung genommen. Den vorgelegten Richtlinien stimmte die Mehrzahl der Verbände bis auf den Punkt 5, der den Uebertritt von Mitgliedern zu Verbänden mit Invalidenunterstützung regelt, zu. Die Kommission hatte sich bemüht, eine allgemeine Formulierung zu finden, durch die auch die Interessen derjenigen Mitglieder gewahrt werden sollten, die auf Grund des § 9 der Bundesgesetzgebung gezwungen sind, bei Berufswechsel aus einem Verband ohne Invalidenunterstützung auszutreten und in einen Verband überzutreten, der die Invalidenunterstützung eingeführt hat. Noch schwieriger wird der Uebertritt, wenn ein Mitglied mit Anwartschaft auf Invalidenunterstützung in einen solchen Verband ohne Invalidenunterstützung übertritt. Es haben nach der vorliegenden Uebertrittsrichtlinien die Invalidenunterstützung eingeführt bzw. beschlossen: 25 Verbände mit 3 903 449 Mitgliedern; dagegen stehen vier Verbände mit 401 247 Mitgliedern, die diesen Unterstützungszweig nicht einführen können oder wollen. Außerdem besteht in vier Verbänden mit 635 254 Mitgliedern die Absicht, entsprechende Vorlagen zwecks Einführung der Invalidenunterstützung den kommenden Verbandstagen zu unterbreiten. Im Jahre 1930 beginnen 12 weitere Verbände mit 2 401 430 Mitgliedern mit der Zahlung der Invalidenunterstützung. Insgesamt unterstützen dann 25 Verbände mit 3,9 Millionen Mitgliedern ihre invaliden Mitglieder. Die Leitungen der Einzelverbände sind allerdings überaus unterschiedlich und schwanken je nach der Zahl der geleisteten Wochenbeiträge und der Höhe der Zuschußbeiträge für die Invalidenunterstützung zwischen 4 und 72 RM monatlicher Unterstützung; oder zwischen dem 8. bis 60fachen Wochenlohnbeitrag. Sonderbeiträge werden nur in 11 Verbänden erhoben, und zwar in Höhe von 5 bis 65 Pfg. pro Woche. Die Wartezeiten, die zum Bezug der Unterstützungen berechtigen, variieren zwischen 260 und 2080 Beitragswochen. Infolge dieser außerordentlichen Verschiedenheit bleibt kein anderer Ausweg, als daß die Verbände durch Gegenseitigkeitsverträge über die zu zahlenden Unterstützungen und die Anrechnung der Beiträge im Falle der Invalidität formulierte Vereinbarungen treffen. Auf diese Weise wird es möglich sein, etwaige Härten für Ueberretende zu vermeiden, und schließlich könnten diese Gegenseitigkeitsverträge zu einer einheitlichen Regelung dieses Unterstützungszweiges führen. Notwendig erscheint es ferner, den Beitragsteil für die Invalidenunterstützung gesondert in den Verbandsstatuten auszuweisen, um dadurch Benachteiligungen der Mitglieder zu vermeiden.

Nach eingehender Aussprache stimmte der Bundesauschluß gegen wenige Stimmen den folgenden Richtlinien zu und beschloß ferner, die in der Vorstandskonferenz der Gewerkschaften im Jahre 1909 gefaßten Beschlüsse für doppelt organisierte in diese Richtlinien (unter 8) aufzunehmen.

1. Mitglieder, die auf Grund des § 9 der Satzung des ADGB bei Berufswechsel zu einem anderen Verbande übertreten, erhalten die erworbene Mitgliedschaft angerechnet, wenn die Abmeldung durch den bisherigen Verband schriftlich bestätigt ist. Beitrittsgeld wird nicht erhoben.

2. Für die Anrechnung der in den früheren Verbänden gezahlten Beiträge kommen nur die an die Hauptklasse geleisteten Wochen- (Voll-) Beiträge in Betracht. Der Hauptklassenbeitrag ist in der Regel aus der Doppelwertmarke zu ersehen. Soweit die Doppelwertmarke nicht benutzt wird, sind 25 v. H. von der Wochenwertmarke als nicht unterstützungsberechtigte Lokalzuschläge abzu-

ziehen und dieser errechnete Wert auf 10 Pfg. auf- bzw. abgerundet nach der vollen Zahl der geleisteten Wochenbeiträge in das neue Buch vorzutragen. Dieser Wert der geleisteten Wochenbeiträge kann ungerechnet werden, jedoch nur bis höchstens zur Gesamtdauer der Mitgliedschaft.

3. Beitragsfreie Marken, Extrabeiträge, Anerkennungsbeiträge bei Arbeitslosigkeit, fakultative oder Lokalbeiträge bleiben bei der An- und Umrechnung unberücksichtigt.

4. Für die Unterstützungsberechtigung gelten die Satzungsbestimmungen der Einzelverbände mit der Maßgabe, daß die vom Bundesauschluß beschlossenen Richtlinien über Art und Umfang der Unterstützungen (siehe Jahrbücher des ADGB 1926/27) Beachtung finden. Um übertretende Mitglieder vor Nachteilen zu bewahren, können die Einzelverbände in Gegenseitigkeits- oder Kartellverträgen Ausnahmen von vorstehender Regel zulassen.

5. Für den Bezug der Invalidenunterstützung wird die Zahl der nach Punkt 2 festgestellten Beiträge in voller Höhe angerechnet, wenn das Mitglied aus einem Verbande mit gleichem Unterstützungsanspruch übertritt. Hat das übertretende Mitglied die zum Bezug der Invalidenunterstützung in der neuen Organisation festgelegten Beiträge noch nicht voll geleistet, so kann es erst nach Leistung der restlichen Beiträge im neuen Verband Invalidenunterstützung erhalten. Durch Gegenseitigkeits- oder Kartellverträge können die Einzelverbände eine von dieser Regel abweichende Regelung vereinbaren. Ueberretende, die bereits früher dem gleichen Verbande mit Invalidenunterstützung angehört, zu dem der Uebertritt erfolgt, erhalten zumindest die Zahl der in diesem Verbande geleisteten Beiträge auf die satzungsmäßige Wartezeit angerechnet.

6. Rechtschutz hat derjenige Verband zu bezahlen, in dem das betroffene Mitglied organisiert war, als die Ursache des Rechtschutzes eintrat.

7. Invalide, franke, arbeitslose oder an einer Arbeitseinstellung beteiligte Mitglieder sind vom Uebertritt ausgeschlossen. Mitglieder der Unions-, Werkvereine und gelben Verbände sind als Neueintretende zu behandeln. Im Zweifelsfall entscheidet über den Charakter solcher Organisationen und die Notwendigkeit einer Ausnahme der Verbandsvorstand.

8. Die Zugehörigkeit zu zwei gewerkschaftlichen Organisationen berechtigt nicht zum Doppelbezug von Unterstützungen. Dem Mitglied steht es frei, diejenige Organisation zu wählen, von welcher er Unterstützung in Anspruch nehmen will.

An doppelt organisierte, die den für ihren Haupt- und Nebenberuf zuständigen Gewerkschaften angehören, werden Rechtschutz und Unterstützungen bei Streiks und Nachregelungen nur von der Organisation gewährt, deren Interessen sie in dem fraglichen Falle vertreten.



Eine Martin Andersen-Rede-Vollausgabe bringt die Büchergilde Gutenberg, Berlin SW. 61, für ihre Mitglieder heraus. Die Werte des jetzt sechzigjährigen Redners waren bisher bei etlichen Verlegern untergebracht und ergaben ein in Druck und Ausstattung recht unterschiedliches Nebeneinander. Singu kam noch, daß der Preis der Bücher oft die Grenzen überschritt, die denen gezogen sind, für die Martin Andersen Reden eigentlich geschrieben hat. Es ist also nur zu begrüßen, daß die Büchergilde, deren Monatsbeitrag von einer Mark aus dem wirtschaftlich Schwachen den Weg zu wirklicher Buchkultur öffnet, die bedeutendsten Werte des Redners in einer Vollausgabe — vorbildlich gedruckt und trotzdem billig — dem kaffenden Volk ausliefert.

Unter den von der „Literarischen Welt“ kürzlich aufgeführten „Büchern, die lebendig sind“ hat Max Barthelemy ein Reihe, den großen Roman „Velle, der Erzähler“, von Redner mit folgenden Worten besprochen: „Das Meisterwerk einer Vertiefung erfindend, unerschöpflich, erlebten Proletariatbildung, ohne Parteilichkeit und Brausen, wirksam durch die Wucht seiner handfesten Tatsachengestaltung.“ Mit diesem Erzählerroman beginnt die Redner-Vollausgabe der Büchergilde.

Der Roman „Velle der Erzähler“ (erschienen im Insel-Verlag, Vollausgabe nur für Mitglieder der Büchergilde Gutenberg) kommt als dicker Band heraus, und zwar zum Preise von 6 Mark. Das Werk, das nicht um ein Wort gekürzt wurde, ist sehr preiswert zu nennen, zumal die Mitglieder der Büchergilde die Möglichkeit haben, die Bezahlung auf das vierte Quartal 1929 und auf das erste Quartal 1930 zu verteilen.

Der Roman enthält das Schicksal einer ganzen Klasse. Velle kommt als kleiner Junge mit seinem Vater Vasse auf einem Dampfer nach Menschenwäre, schließlich nach Berlin, nach der Insel Bornholm. Beide finden Arbeit auf dem Herrschaft „Steinhof“, über dem eine hohe Luft liegt — „wie über allen großen Anhöhen von dem, was den Vellen gehören sollte.“ Als Hütchen erlebt Velle viel Schönes. Er nimmt teil an den Freuden der kleinen Velle, die so wenig Sorgen an das Leben stellen, aber er hat auch etwas von dem Kleinbild zu tragen, wie er auf den großen Herrenhütchen kaum auszurufen ist. Der kleine Velle hat ein großes Herz, deshalb kann er nicht auf dem Gut bleiben. Er geht „in die Stadt“, zu einem Schreiber in die Lehre. Die Kleinbürger sind gutmütige Ausbeuter, aber Ausbeuter sind sie eben doch. Nach fünf Jahren Lehrzeit wird Velle ein Arbeiter, steht in die große Stadt, wohnt im Späthausviertel der Armen, gerät in Streiks und Unruhen und begreift die Notwendigkeit der Organisation. Seine Rebellenart begrüßt die immer heftiger werdenden Kämpfe mit den Unternehmern, Niederlegen entmutigen ihn nicht. Die Liebe tritt in sein Leben, er heiratet, bewohnt mit seiner Frau eine Zweizimmerwohnung, läßt sich von der Geliebten und dem Kind eine Welle ganz in Anspruch nehmen, steigt aber bald wieder in das hochgehende Kampfgetöse, nunmehr ein Mann, ein organisatorisches Talent, ein Arbeiterführer. Einmaliges Leben der Unternehmung zum großen Schicksal aus. Es geht hart auf hart. Velles persönliche Tapferkeit und sein großer Trotz, der sich auf nicht brechen läßt, als sein Familienglück gerührt wird, geben ihm politischen Gegner bringen ihn ins Gemisch mit dem Diktator. Seine Hütchen in die Freiheit ist kein Triumphzug. Das Leben droht über ihn hinwegzugehen. Aber er nimmt den Kampf auf und führt seine Klassenbrüder zum gewaltigen Zusammenstoß, zur Eigenproduktion und damit auf die breite und gerade Straße des endlichen Triumphs.

Es ist nicht nur dieser Gang der Erzählung, der uns das Buch wertvoll macht. Der Reichtum des Romans ist begründet in einer unerlöschlichen Herzensgüte, die alle Gestalten und Ereignisse wie von innen heraus erwärmt. Zahlreiche Personen treten auf, jede ist mit einem gerechten Maß von Licht und Schatten ausgestattet, und sie ergeben in ihrer Gesamtheit ein ganzes Volk, eine ganze Zeit.

Der Roman endet mit einem Gespräch zwischen Velle und seinem Freund, dem Dichter, der aus dem Leben Velles einen Roman formen will. Velle antwortet ihm: „Ich glaube nicht, daß du die Arbeiter bewegen kannst, es als richtiges Buch aufzufassen, dazu ist das Ganze zu bekannt und zu gewöhnlich.“ Aber der Dichter antwortet ihm: „Sie sollen danach greifen — und vor Freude und Stolz weinen, weil sie sich selbst darin wiederfinden.“

Und die Arbeiter greifen danach, nach ihrem „Velle“, der neuerkanden zu ihnen kommt in dieser jetzt langem erwarteten Vollausgabe!

Blockhaus an der Wolga. Roman von Max Barthelemy. Verlag „Der Freidenker“, Berlin SW. 29, Gneisenaustr. 41, 247 Seiten Umfang. Halbpreises Papier. In Vellein 4 Mark. Barthelemy schildert in seinem Roman die russische Wirklichkeit, beschreibt die großen Feste, den Opfermut des Volkes, die Grausamkeit des Bürgerkrieges, die Schwierigkeit des Aufbaues und zeigt an einigen Beispielen die unterirdische Arbeit der politischen Polizei. Alles in allem: ein menschliches Buch, ein Buch der Arbeit, kein Buch der Verklärung. Gerade jetzt tritt Sowjetrußland wieder einmal gewaltig vor die Öffentlichkeit der Welt. Die Blumwelt der Gefährungen, die das Land überflutet, die Auswanderung von vielen tausend deutschen Bauern von Sibirien nach Kanada, die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu England, der berühmte Fünfjahresplan: all das interessiert uns und läßt uns wünschen, tiefere Einblicke in den Sowjetstaat zu gewinnen. Der Roman „Blockhaus an der Wolga“ von Max Barthelemy vermittelt solche Einblicke.

Die Arbeiterwelt. Massenversammlung für den kommenden Freidenker. Von Hugo Oberthals, 5. Aufl. 1929. 81 bis 95. Tausend. Verlag „Der Freidenker“, Berlin SW. 29, Gneisenaustr. 41, 352 Seiten Umfang. Halbpreises Papier. In Vellein 5 Mark. — Es kann nicht die Absicht des Verlegers und nicht die des Verfassers sein, jemandem, der sich nicht zu einer freien Weltanschauung durchgerungen hat, zur Lesüre dieses Buches zu veranlassen, um ihn in seinen Gefühlen zu verletzen. Wohl aber darf gesagt werden, daß das Buch gerade jenen Arbeitern, die seitens der Kirche und ihrer Weltanschauung ihren Weg gehen und als freie Menschen auch ihr Leben beschließen wollen, Anregungen und Wissensergänzungen geben wird. Tatsachen der Natur- und Gesellschaftsentwicklung, die leider immer wieder vergessen werden, ruft „Die Arbeiterwelt“ dem Leser ins Gedächtnis zurück.

Im Strom der Zeit. Im Jahre 1908 erschien die erste Ausgabe des Gedichtbandes „Im Strom der Zeit“ von Ernst Freytag an. Innerhalb kurzer Zeit wurden drei weitere Auflagen dieses Buches nachgedruckt. 1929 erschien die vierte Auflage des Buches, das allein mit dieser kleinen Folge der Auflagen bewiesen hat, daß es seinen Titel zu Recht trägt, und daß diese Gedichte von Ernst Freytag ganz der Zeit und für die Zeit geschrieben waren. Inzwischen haben sich formale Umwälzungen in der Literatur vollzogen. Sie sind förmlich herangebraut und ebenso schnell wieder verebte. Die großen Ideale und Symbole der proletarischen Bewegung haben die Jahrzehnte überdauert, und die literarischen Ereignisse der letzten Monate haben es bewiesen, daß auch die ungefühlteste Einfachheit eines Ernst Freytag nicht von Modellanen und ephemerem Gejore verdrängt werden kann. Immer wird es eine Literatur geben, die nicht an den Tag und an den Zustand schneller Geschmacksveränderungen gebunden ist. Immer wird es eine Literatur geben, die über ihre historische Bedeutung hinaus Geltung behält als Trägerin ewiger Ideen. Ernst Freytags Gedichte gehören dazu! Die Freunde einer ungefühltesten und proletarischen Lyrik werden es begrüßen, daß jetzt, zugleich aus Anlaß des 60. Geburtstages von Ernst Freytag am 16. Januar nächsten Jahres, der Gedichtband „Im Strom der Zeit“ in neuer Bearbeitung und schöner Ausstattung, außerdem ergänzt und auf einen Umfang von 14 Bogen erweitert, im Buchverlag E. W. Verlag G. m. b. H., neu erscheint. In Vellein 4,80 Mark. Das Werk ist in sechs Abteilungen eingeteilt: „Zeit und Welt“, „soziale und Kampfgedichte“, „Brennende Welt“, „Gedichte aus der Kriegszeit“, „aus Natur und Landschaft“, „hauptsächlich aus der Zeit der Wolga“, „Lieder aus Paris“ und „Nachlaß“. Jeder Abschnitt ist mit einem Holzschnitt von Franz Mascherel geschmückt.